

Programm der Partei des Demokratischen Sozialismus

Präambel

Wir, die Mitglieder der Partei des Demokratischen Sozialismus, geben uns dieses Programm in der Absicht, unsere Ziele zu benennen und mit anderen über die Wege zu sprechen, die zu einer friedlichen und gerechten Gesellschaft führen, einer Gesellschaft, in der jede und jeder selbstbestimmt in sozialer Sicherheit leben kann und der Satz eingelöst ist, mit dem das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland beginnt: »Die Würde des Menschen ist unantastbar.« Wir suchen die Zusammenarbeit mit allen, die diese Ziele teilen, und wollen in dieser Zusammenarbeit unseren eigenen Platz bestimmen.

Es war der Anspruch der Menschenrechtserklärungen, Verhältnisse zu schaffen, in denen die Würde des Menschen unantastbar wird. Arbeiterbewegung, Frauenbewegung und Friedensbewegung, sozialistische und antikoloniale Bewegungen haben um konkrete Fortschritte bei der Durchsetzung dieses Anspruchs gekämpft. Heute begründet dieser Anspruch unsere erneuerte sozialistische Politik.

Wachsende Arbeitslosigkeit, soziale Unsicherheit und Armut, Hunger und Kriege, Fremdbestimmung und Gewalt sind Angriffe auf die Würde des Menschen. Die neoliberale Politik der Verwandlung aller Lebensbereiche in profitbestimmte Märkte und die autoritäre, imperiale und kriegerische Durchsetzung dieser Politik zerstören die Errungenschaften von zweieinhalb Jahrhunderten sozialer emanzipativer Kämpfe. Die USA-Regierung verfolgt mit ihrer imperialistischen Politik, mit politischer und wirtschaftlicher Erpressung und mit Aggressionskriegen das geostrategische Ziel einer weltweiten Vorherrschaft.

Wir, Sozialistinnen und Sozialisten, Mitglieder der PDS, wollen am Widerstand gegen diese Politik teilnehmen und gemeinsam mit anderen an der Herausbildung einer Alternative mitwirken, die Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit und Solidarität zum Ziel hat.

Wir geben uns dieses Programm in der Tradition der Kämpfe gegen kapitalistische Ausbeutung, ökologische Zerstörung, politische Unterdrückung und verbrecherische Kriege.

Wir tun dies aber auch in rückhaltloser Auseinandersetzung mit den Verbrechen, die im Namen des Sozialismus und Kommunismus begangen wurden, und in Ablehnung jedes Versuchs, mit Mitteln der Diktatur Fortschritt zu erreichen. Uns eint der unumkehrbare Bruch mit der Missachtung von Demokratie und politischen Freiheitsrechten, wie sie in und von nicht wenigen linken Parteien, darunter der SED, praktiziert worden ist.

Ausgehend vom solidarischen und egalitären Anspruch der sozialdemokratischen und kommunistischen Bewegung des 19. und 20. Jahrhunderts, anknüpfend an die emanzipatorischen und libertären Traditionen früherer sozialistischer Bewegungen, streben wir nach einer grundlegenden Erneuerung sozialistischer Politik. In diesem Sinne suchen wir das Gespräch mit unterschiedlichen demokratischen Kräften in der Gesellschaft bei der Erarbeitung von Alternativen. Wir greifen aktuelle und zukunftsorientierte Vorstellungen gewerkschaftlicher, kirchlicher, intellektueller, ökologischer, feministischer und anderer moderner Kapitalismuskritik auf. Wir sagen mit den globalen kapitalismus- und herrschaftskritischen Bewegungen: Die Welt ist keine Ware. Eine andere Welt ist möglich.

In der Vielfalt von Bewegungen und politischen Kräften für eine andere Welt der Solidarität sind auch wir keine widerspruchsfreie Kraft. Über viele Fragen haben wir, die Mitglieder der PDS, unterschiedliche Auffassungen. Uns verbindet aber der Widerstand gegen politische Entmündigung, soziale Demontage und Missachtung der menschlichen Würde. Uns eint der Kampf gegen eine Politik der kapitalistischen Globalisierung, gegen Krieg und Militarisierung, gegen die Schwächung von Sozialstaat und Demokratie. Die erkämpften zivilisatorischen Errungenschaften müssen verteidigt und ausgebaut werden. Entschieden wenden wir uns gegen patriarchale Herrschaft, Sexismus und jede Diskriminierung »Anderer«, gegen jeden

Nationalismus, Rassismus und Antisemitismus. Dem Antifaschismus verpflichtet, leisten wir Widerstand gegen neonazistische Politik.

In den Profit- und Herrschaftsinteressen der international mächtigsten Teile des Kapitals und im Bestreben, die Entwicklung des »Nordens« auf Kosten des »Südens«, der Natur und der zukünftigen Generationen zu betreiben, sehen wir die Ursachen für die Gefährdung der menschlichen Zivilisation, für Gewalt und Krieg, soziales Elend und die Krise der weltweiten Ökosphäre. Wir wollen, dass diese gesellschaftlichen Strukturen zurückgedrängt und schließlich überwunden werden, damit die Menschheit einen Ausweg aus dieser zerstörerischen Entwicklungslogik findet. In diesem Sinne sind wir konsequent antikapitalistisch.

In einer sozialistischen Gesellschaft, wie wir sie anstreben, dienen Produktions-, Verteilungs- und Konsumtionsweise dem Ziel, allen die Bedingungen eines selbstbestimmten und solidarischen Lebens zur Verfügung zu stellen. Um dies zu erreichen, streben wir nach einer Veränderung des Typs von wirtschaftlichem Wachstum und wissenschaftlich-technischem Fortschritt, die der Zerstörung der natürlichen Umwelt Einhalt gebietet und den nachfolgenden Generationen eine bewohnbare Welt hinterlässt. In dieser Perspektive treten wir ein für die Einheit von Rechtsstaat und Sozialstaat, für Frieden und Solidarität nach innen im Rahmen einer weltweiten Ordnung des Friedens, der Gerechtigkeit und der Wohlfahrt.

Mit diesem Programm wollen wir deutlich erkennbar darstellen, wer wir sind, was wir wollen und wie wir unsere Ziele zu erreichen suchen. Wir wollen begründen, was für uns Sozialismus ist, worin wir die Grundprobleme der gegenwärtigen Welt sehen, welche Vorstellungen sozialistischer Politik wir vertreten und wie wir die PDS als Teil der großen emanzipativen Bewegungen der Gegenwart weiter entwickeln wollen.

I. Sozialismus – Ziel, Weg und Werte

Sozialismus ist für uns ein notwendiges Ziel – eine Gesellschaft, in der die freie Entwicklung einer und eines jeden zur Bedingung der freien Entwicklung aller geworden ist. Sozialismus ist für uns eine Bewegung gegen die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, gegen patriarchale Unterdrückung, gegen die Ausplünderung der Natur, für die Bewahrung und Entwicklung menschlicher Kultur, für die Durchsetzung der Menschenrechte, für eine Gesellschaft, in der Bürgerinnen und Bürger ihre Angelegenheiten demokratisch regeln.

Sozialismus ist für uns ein Wertesystem, in dem Freiheit, Gleichheit und Solidarität, Emanzipation, Gerechtigkeit, Erhalt der Natur und Frieden untrennbar miteinander verbunden sind.

Die sozialistische Idee ist durch ihren Missbrauch als Rechtfertigung von Diktatur und Unterdrückung beschädigt worden. Die Erfahrungen der DDR einschließlich der Einsicht in die Ursachen ihres Zusammenbruchs verpflichten uns, unser Verständnis von Sozialismus neu zu durchdenken.

1. Unsere Ziele und Werte: Freiheit, Gleichheit, Solidarität

Unsere programmatischen Ziele gehen von einer einfachen Frage aus: Was brauchen Menschen, um selbstbestimmt leben zu können? In den Kämpfen ausgebeuteter, unterdrückter und herabgewürdigter sozialer Gruppen hat sich gezeigt: Menschen brauchen die Möglichkeit, über die gesellschaftlichen Bedingungen ihres Lebens selbst und gemeinsam mit anderen zu entscheiden. Sie brauchen das friedliche Zusammenleben mit anderen Menschen. Sie brauchen saubere Luft und sauberes Wasser. Sie brauchen Arbeit und Verteilungsgerechtigkeit. Sie brauchen Bildung, Kultur, Freizeit und Erholungsmöglichkeiten. Sie brauchen soziale Sicherheit und Gesundheit. Für Hunderte Millionen Menschen geht es dabei noch immer um das Elementare: um die Überwindung absoluter Armut. Sie brauchen das tägliche Brot, um nicht zu verhungern.

Menschen müssen ihre Fähigkeiten und Bedürfnisse, produktiven Kräfte und sittlichen Maßstäbe entwickeln können. Die Verfügung über diese Güter entscheidet, ob Menschen frei oder unfrei sind. Es sind grundlegende Freiheitsgüter. Der Anspruch auf gleiche Teilhabe an ihnen ist zugleich Anspruch auf Wahrnehmung fundamentaler Menschenrechte. Es war die Internationale, die den Kampf um diese Menschenrechte zu ihrer weltumspannenden Botschaft machte.

Sozialismus entsteht in unserem Verständnis nicht in der Folge eines abstrakten Geschichtsplans, sondern geht von den gesellschaftlichen Realitäten, den wirklichen Bedürfnissen und Interessen der Menschen aus. Deshalb entwickelt die PDS ihre Programmatik nicht losgelöst von den Bürgerinnen und Bürgern, Aktivistinnen und Aktivisten sozialer Bewegungen, Organisationen und Initiativen. Sozialismus entsteht in demokratischen Kämpfen, die geführt werden, um die strukturellen Bedingungen für Unfreiheit, Ungleichheit und Ausbeutung sowie jene Macht- und Eigentumsverhältnisse, auf denen diese beruhen, zurückzudrängen und zu überwinden. In diese Kämpfe wollen wir uns mit unseren Einsichten und Erfahrungen einbringen.

Freiheit ist der Bezugspunkt sozialistischer Politik. Gleichheit ist für diese Politik das Maß der Teilhabe an grundlegenden Freiheitsgütern. Freiheit ist für uns die Möglichkeit, das eigene Leben und die Gesellschaft – selbst und gemeinsam mit anderen – zu gestalten. Gleichheit ohne Freiheit ist Unterdrückung. Freiheit, Gleichheit und Solidarität bilden den Inhalt von Gerechtigkeit.

Gerechtigkeit verlangt, dass die grundlegenden Freiheiten, die soziale Gruppen für sich in Anspruch nehmen, zu Freiheiten aller anderen werden können. Freiheit ist nicht als egoistisches Haben, sondern als solidarisches Tun zu erreichen. So definieren wir die sozialistischen Werte, auf die wir uns in unseren Programmen von 1990 und 1993 geeinigt hatten. Wir legen sie unserer Politik zugrunde.

Eine solche Politik erfordert eine andere Regulation von Wirtschaft. Ein größerer Freiraum für Bürgerinnen und Bürger, um selbstständig über die eigenen Angelegenheiten zu entscheiden, kann das schöpferische Wirken von Arbeiterinnen, Arbeitern und Selbstständigen, von Ingenieuren, von wissenschaftlich Tätigen, von Leitungs- und Verwaltungsangestellten in Produktionsbetrieben, im Dienstleistungsbereich und bei deren sozialer Lenkung anregen und begünstigen. Mehr Einfluss zivilgesellschaftlicher demokratischer Kräfte, neu zu bestimmende sozial-ökologische Rahmenbedingungen für den Markt und vorausschauend gestaltende nationalstaatliche und internationale Politik müssen zu einer neuen gesellschaftlichen Regulationsweise verbunden werden.

Die gesellschaftliche Dominanz der Profitlogik ist daher mit der durch das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland gebotenen Sozialpflichtigkeit des Eigentums unvereinbar. Unternehmerisches Handeln und Gewinninteressen sind wichtige Voraussetzungen für Innovation und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit. Doch solange sie auf die betriebswirtschaftliche Logik der einzelnen Unternehmen beschränkt bleiben und dem Profitstreben des Einzelkapitals unterworfen sind, verwandeln sie sich in ihr Gegenteil. Sozial-ökologisches Wirtschaften setzt gesellschaftliche Kontrolle und demokratische Mitbestimmung voraus. Ohne Mitbestimmung, gewerkschaftliche Gegenmacht und sozialstaatliche Regulierung führen private Unternehmerinteressen zu volkswirtschaftlich verlustreichen, zu sozialen und umweltzerstörerischen Fehlentwicklungen.

Unternehmerisches Handeln und Gewinninteressen sind wichtige Voraussetzungen für Innovation und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit. Doch solange sie auf die betriebswirtschaftliche Logik der einzelnen Unternehmen beschränkt bleiben und dem Profitstreben des Einzelkapitals unterworfen sind, verwandeln sie sich in ihr Gegenteil. Sozial-ökologisches Wirtschaften setzt gesellschaftliche Kontrolle und demokratische Mitbestimmung voraus. Ohne Mitbestimmung, gewerkschaftliche Gegenmacht und sozialstaatliche Regulierung führen private Unternehmerinteressen zu volkswirtschaftlich verlustreichen, zu sozialen und umweltzerstörerischen Fehlentwicklungen.

Diese sozialistische Grundüberzeugung vertreten wir angesichts der bedrohlichen Differenz zwischen weltverändernden Produktivkräften und ihrer eingeschränkten Beherrschbarkeit aufgrund der gegenwärtigen Macht- und Eigentumsverhältnisse und der mehrheitlich verinnerlichten Denk- und Verhaltensweisen. Patentierung menschlichen Erbguts und gentechnische Veränderung des Menschen werden Realität. Profitorientierte Wachstumsinteressen stellen die Naturgrundlagen menschlichen Lebens in Frage. Längst kann die Menschheit durch den Einsatz moderner Waffensysteme vernichtet werden.

Wir wollen, dass eine dynamische Entfaltung der produktiven Kräfte der Gesellschaft die materiellen Grundlagen für eine alternative Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik stärkt. Wir

wollen die Sackgasse eines sozial und ökologisch zerstörerischen Wachstums verlassen und stattdessen den Weg eines Wachstums im Rahmen nachhaltiger Entwicklung gehen.

Eine radikale Ökologisierung der Gesellschaft, die damit verbundene neue Art wirtschaftlichen Wachstums und wissenschaftlichen und technischen Fortschritts bedürfen einer alternativen Produktions- und Lebensweise. Ein selbstbestimmtes Leben, eine von Entfremdung befreite Arbeitswelt und eine gerechte Verteilung des Reichtums bedürfen alternativer Gesellschaftsstrukturen, die von der Verwirklichung gemeinschaftlicher Interessen geprägt sind und die Dominanz privatkapitalistischen Eigentums überwunden haben.

Wirkliche Vergesellschaftung hat demokratische Entscheidungsprozesse zur Voraussetzung. Strategische Entscheidungen über die Richtungen und Normen der sozialen, wissenschaftlich-technischen, ökologischen und kulturellen Entwicklung bedürfen der bewussten und demokratischen Gestaltung ebenso wie der Mitbestimmung von Produzenten, Verbrauchern, Kommunen und gesellschaftlichen Bewegungen.

Wir Mitglieder der Partei des Demokratischen Sozialismus stehen für den Einsatz von friedlichen Mitteln zur nachhaltigen Konfliktvorbeugung und -lösung ein. Wir waren, sind und bleiben entschiedene Gegner der Militarisierung von internationalen Angelegenheiten und der Außenpolitik, lehnen Krieg als Mittel der Politik ebenso wie Terror als Mittel des politischen Kampfes ab und verurteilen auch den so genannten »Krieg gegen den Terror« als Versuch der USA-Administration, die eigene Weltherrschaft auszubauen. Wir wenden uns gegen jede Form von Aggression, besonders gegen so genannte präventive Kriege. Wir unterstützen verantwortungsbewusstes Handeln im Dienste der Herstellung und Bewahrung von Frieden auf der Erde als elementare Voraussetzung für die universelle Gültigkeit von Bürger- und Menschenrechten.

2. Unser Weg: Demokratisierung der Gesellschaft

Nicht aus dem Frieden mit den Herrschenden, sondern aus der Gegenwehr der Unterdrückten und Benachteiligten und aller, die sich solidarisch für sie engagieren, entsteht eine menschlichere Gesellschaft. Die Mittel für diese Auseinandersetzungen müssen den Zielen von Gewaltfreiheit und Demokratie entsprechen, da sie sonst zum Ausgangspunkt neuer Herrschaft und Unterdrückung werden. Allerdings gibt es ein legitimes Recht auf Widerstand da, wo Personen, Gruppen und Staaten die Würde des Menschen missachten und ihrerseits Gewalt anwenden.

Wir handeln gemeinsam mit denen, die demokratische Mit- und Umgestaltung in der Politik wollen und die nicht weiter hinnehmen, dass die Politik zunehmend den Interessen der einflussreichsten Finanzinstitute und Wirtschaftsunternehmen unterworfen wird.

Deshalb kämpfen wir auch um parlamentarischen Einfluss und sind bei entsprechenden Kräfteverhältnissen bereit, Vertreterinnen und Vertreter unserer Partei für Regierungsämter zu nominieren.

In offener und kritischer Auseinandersetzung und im direkten Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern werden wir prüfen, ob die gewählten Mittel unserem wichtigsten Ziel entsprechen, einen Richtungswechsel der Politik herbeizuführen, der die sozialen und demokratischen Interessen der Mehrheit der Bevölkerung in den Mittelpunkt stellt. Die PDS steht stets vor der Aufgabe zu sichern, dass ihre Arbeit in Parlamenten und in der Exekutive mit ihren strategischen Zielen übereinstimmt.

Die Eigentumsfrage als eine Grundfrage sozialistischer Bewegung ist für uns vor allem eine Frage der realen Verfügung über wirtschaftliche Machtressourcen, bei deren Regelung Rechtstitel eine wesentliche Rolle spielen. Entscheidend sind realer Inhalt und soziale Wirkung konkreter Eigentumsordnungen.

Die Alternative zu kapitalistischem Eigentum besteht deshalb nicht im allumfassenden Staatseigentum, sondern in der demokratischen Entscheidung über gesellschaftliche Grundprozesse und über die Förderung jener Eigentumsformen, die es am ehesten erlauben, die menschlichen Grundgüter effizient bereitzustellen und gerecht zu verteilen.

Alle Eigentumsformen – genossenschaftliche, kommunale, private, staatliche und andere –, die die natürlichen, sozialen und kulturellen Lebensgrundlagen entwickeln und den Zugang zu den Grundbedingungen menschlichen Lebens erleichtern, müssen gefördert, andere, die Lebensgrundlagen untergraben, vernichten und diesen Zugang erschweren oder verhindern,

müssen zurückgedrängt und überwunden werden. Wir halten an der durch das Grundgesetz gegebenen Möglichkeit von Vergesellschaftung von Grund und Boden, Naturschätzen und Produktionsmitteln und ihrer Überführung in Gemeineigentum oder andere Formen der Gemeinwirtschaft fest und sind dafür, diese Möglichkeit umzusetzen, wenn dies nach Ansicht der Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger zu sozialer Gerechtigkeit und wirksamer Bereitstellung der sozialen Grundgüter beiträgt. Wir wollen das weltweite Diktat von Welthandelsorganisation (WTO) und Internationalem Währungsfonds (IWF) über die Rahmenbedingungen von Wirtschaft überwinden, die Privatisierung von öffentlichen Dienstleistungen und Wissen stoppen und schrittweise rückgängig machen, wo dies dem Gemeinwohl entspricht.

Eigentumsfragen sind Fragen der Macht und des Kräfteverhältnisses in der Gesellschaft. Der Wandel der Eigentumsverhältnisse muss durch Gegenmächte bewirkt werden. Es kommt darauf an, die Verfügungsgewalt über hochkonzentriertes Kapitaleigentum und Finanzfonds schrittweise sozialen Kriterien zu unterwerfen. Dafür müssen sozialstaatliche und umweltpolitische Regelungen getroffen werden, die mittels einer veränderten Steuer-, Struktur- und Forschungspolitik, durch verstärkten Einfluss von Gewerkschaften und Betriebsräten, von Kommunen, Umwelt- und Verbraucherorganisationen durchzusetzen sind. Wir widersetzen uns der Deregulierungspolitik und der Selbstentlassung der Kapitaleigentümer aus ihren sozialen Verpflichtungen.

Wir treten für die Bewahrung von öffentlichem Eigentum und dessen Ausweitung ein, wenn dies im Interesse des Gemeinwohls sinnvoll ist. Wir wollen das genossenschaftliche Eigentum stärken. Die Einschränkung öffentlicher Verfügungsmacht, die mit der fortschreitenden Privatisierung von öffentlichem Eigentum verbunden ist, lehnen wir ab. Wir fordern die strikte Ausrichtung dieser Verfügungsmacht an den Interessen der Bürgerinnen und Bürger und die ständige Rechenschaftslegung über die Nutzung des öffentlichen Eigentums. Bedingung dafür ist, dass der Staat seinen Einfluss auf die entscheidenden, das Gemeinwohl bestimmenden Prozesse nicht verliert und die Macht erhält, die Interessen der Allgemeinheit durchzusetzen.

Dies halten wir gerade auch dann für notwendig, wenn Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge an private oder genossenschaftliche Unternehmen übertragen werden.

Wir unterstützen den Übergang staatlichen Eigentums in die Verfügung anderer Träger, wenn diese wirtschaftlich effektiv und auf sozial und ökologisch orientierte Weise zusammenwirken und die Verfügungsmacht im Interesse des Gemeinwohls gestärkt wird. Das setzt staatlich geplante Rahmenbedingungen voraus.

Die Politik der PDS soll dazu beitragen, die Vorherrschaft der Kapitalverwertungsinteressen abzuschwächen, schließlich zu überwinden und die ihr zu Grunde liegenden Macht- und Eigentumsverhältnisse zu verändern. Aus dieser Politik sollen sich Möglichkeiten für weitergehende Umgestaltungen ergeben.

Demokratischer Sozialismus entsteht in der Gesellschaft und aus ihr heraus – oder überhaupt nicht. Er misslingt als isoliertes Projekt kleiner Gruppen gleichermaßen wie als Diktatur. Er ist eine diesseitige Bewegung auf ein diesseitiges Ziel hin. Er setzt sich dafür ein, emanzipatorische und solidarische Interessen der Gesellschaft gegenüber allen anderen durchzusetzen. Demokratischer Sozialismus weist über den Kapitalismus hinaus. Er ist ein Prozess, der nur im breiten gesellschaftlichen Diskurs und durch gemeinsames Handeln der Beteiligten Gestalt annehmen kann.

II. Die gegenwärtige Welt

1. Die neoliberale Offensive

Anfang der siebziger Jahre des 20. Jahrhunderts begann mit der Krise des sozialstaatlichen Nachkriegskapitalismus, der sich abzeichnenden Existenzkrise des Sozialismus sowjetischen Typs und dem Scheitern einer »nachholenden Modernisierung« in der so genannten Dritten Welt das Ende der gesamten internationalen Nachkriegsordnung.

Diese Entwicklung ist mit der Suche danach verbunden, wie mit den in neuen Dimensionen aufgebrochenen gesellschaftlichen Widersprüchen umzugehen ist. Die Verdrängungskonkurrenz auf den globalen Märkten und die internationale Wirtschafts- und Politikverflechtung werfen für jeden Versuch, soziale Ansprüche zu bewahren und gegen alle möglichen Wider-

stände auszuweiten, große Probleme auf. Eine umwälzende Veränderung im Verhältnis der Gesellschaft und der Einzelnen zur Natur ist zur Überlebensfrage geworden.

Die große Welle der Einführung neuer Technologien löst nicht einen Mehrbedarf an Beschäftigten, sondern massenhafte Arbeitslosigkeit aus. Der Individualisierungsprozess, der mit den wachsenden Möglichkeiten für individuelle Lebensentscheidungen zugleich soziale Milieus und Gemeinsamkeiten zwischen Menschen auflöst, verändert die Bedingungen kollektiven Handelns. Der dank sozialer und medizinischer Fortschritte erreichte Anteil älterer Menschen an der Bevölkerung wirft über die Sicherung der Altersvorsorge hinaus Fragen nach der Integration veränderter älterer Generationen in die Gesellschaft und der Nutzung ihrer Qualifikationen sowie nach gewandelten Leistungsangeboten des Gesundheitswesens, in der Bildung und Kultur auf.

Dabei setzte im Kampf um die Veränderung der nach 1945 entstandenen wirtschaftlichen, sozialen, politischen und sicherheitspolitischen Strukturen in der kapitalistischen Welt rasch eine große neoliberale Gegenreform ein. Ihr Auftakt war der von den USA unterstützte faschistische Putsch in Chile 1973. Um diese Zeit endete der lange ökonomische Aufschwung des Kapitalismus nach dem II. Weltkrieg. Das Sinken der Profitraten erfasste zunächst die US-Unternehmen und breitete sich über die entwickelten kapitalistischen Länder aus. Das war Ausdruck einer sich allmählich verschärfenden Strukturkrise, in der die Reallöhne sanken oder stagnierten und langfristige Investitionen immer unrentabler wurden. Angesichts der verschlechterten Verwertungsbedingungen in der Produktion verlagerte sich der Schwerpunkt der Kapitalanlagen in die Finanzsphäre. Das bis dahin funktionierende internationale Währungs- und Kreditsystem brach zusammen. Die herrschenden Klassen antworteten darauf mit stark neokonservativ und neoliberal geprägten Prozessen des Übergangs zu einem neuen Typ der Kapitalakkumulation, den das Finanzkapital unter Führung der USA dominierte. Die Verteilungsverhältnisse wurden zu Gunsten der Kapitaleigentümer verschoben, es bildete sich eine veränderte Klassenstruktur aus.

In vielen westlichen Ländern wurde der Kompromiss zwischen den Kapitalinteressen und den Interessen der organisierten Arbeiterbewegung aufgekündigt. Kapitalistische Globalisierung, Durchkapitalisierung der Gesellschaften, Abbau sozialstaatlicher Verantwortung, Aufhebung der Kontrollen von Kapitalbewegungen, verstärkte Repression und Demokratieabbau, Unterordnung von Welthandelsorganisation, Internationalem Währungsfonds und Weltbank unter die Interessen der mächtigsten Kapitalgruppierungen sowie wachsendes Gewicht der transnational agierenden Konzerne, Militarisierung der internationalen Beziehungen und die Vorherrschaft der USA mit imperialen Zielen prägen die Entwicklung.

Dies wurde in erheblichem Maße durch die Krise und das Ende des Staatssozialismus begünstigt. Seine Existenz hatte der westlichen Welt begrenzte Zurückhaltung beim Einsatz militärischer Gewalt aufgenötigt. Er begünstigte Befreiungskämpfe in den so genannten Entwicklungsländern und soziale Reformen in den kapitalistischen Industrieländern. Das Verschwinden dieser äußeren Gegenmacht hat in der kapitalistischen Welt zu einer tiefen historischen Zäsur geführt – verbunden mit weltweit negativen Wirkungen.

Die politische Dominanz neoliberaler Politik beschleunigte den Zusammenbruch der Sowjetunion und ihrer Verbündeten. Den Ländern der Dritten Welt wurde eine Politik der Marktöffnung für internationale Konzerne, der Deregulierung und der Absenkung sozialer Standards aufgezwungen, während ihnen gleichzeitig westliche Märkte verschlossen blieben. Viele dieser Länder gerieten in eine Schuldenfalle und verloren weit gehend die Souveränität über die politischen, sozialen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen ihrer Entwicklung.

Der neoliberale Kapitalismus versprach auch den Lohnabhängigen Vermögenszuwächse und private Freiheit durch Aktien- und Immobilienfonds. In der Realität wurde und wird die Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums von unten nach oben, die Kluft zwischen Arm und Reich sowie zwischen Süd und Nord in neuem Ausmaß verschärft. International operierende Konzerne und Finanzzentren konzentrieren die Macht in ihren Händen, deren Ausübung Züge eines nie da gewesenen globalen Diktats annimmt. Die internationalen Beziehungen werden im Dienste dieser Herrschaft militarisiert. Soziale Bewegungen, Gewerkschaften und die politische Linke vermochten es bisher nicht, diese Entwicklung aufzuhalten. Der neoliberale Kapitalismus versprach die Integration sozial Benachteiligter. In Wahrheit wird sie von deren Verwertbarkeit auf den Märkten abhängig gemacht. Aus der Perspektive

der Marktfähigkeit erscheinen jedoch viele Bevölkerungsgruppen und sogar große Regionen als »überflüssig«. Alle, die für das Funktionieren der kapitalistischen Hochleistungsgesellschaft nicht erforderlich sind, werden ausgeschlossen. Es entstehen städtische Ghettos und ländliche Räume ohne Zukunft. Soziale Ausgrenzung ist das Schicksal von Millionen Menschen geworden. Sie bedroht Arbeitslose und auch jene, die in den Niedriglohnsektor absinken. Menschen werden zur Wegwerfware.

Die privilegierte Stellung von Beschäftigten im Hochlohnsektor des Arbeitsmarkts verschafft vielen von ihnen neue Möglichkeiten privater Absicherung und macht sie zugleich abhängiger von Krisen auf den Kapitalmärkten. Informationsarbeiterinnen und -arbeiter als neue große soziale Gruppe der Erwerbsabhängigen erfahren, dass erhoffter Aufstieg und Eigenverantwortung mit massenhaften Verlusten einhergehen können. Weitere große Gruppen – nicht zuletzt Migrantinnen und Migranten – werden zu Dienstboten der neuen Mittelschichten. Erhebliche Teile des Mittelstandes und zahlreiche Scheinselbstständige sind von sozialem Abstieg bedroht. Die Gesellschaft wird auf neue Weise gespalten. Soziale Unsicherheit und Angst vor dem Absturz in die sozialen Niederungen der Gesellschaft sind jetzt erst recht Mittel zur Disziplinierung und Unterordnung der großen Mehrheit der Bevölkerung unter die Kapitalverwertungsinteressen.

Der neoliberale Kapitalismus versprach eine Epoche neuer wirtschaftlicher Dynamik und globalen Wohlstands durch Deregulierung und weltweite Freihandelspolitik. In der Realität wird jedoch die Kluft zwischen den Zentren und der Peripherie der kapitalistischen Weltwirtschaft größer. Während sich die Vernetzung zwischen Nordamerika, Japan und Europa verstärkt, fallen ganze Regionen faktisch aus dem Welthandel heraus. Der Aufstieg einer Reihe von Schwellenländern wird vom Abstieg vieler anderer Staaten begleitet. Eine Milliarde Menschen leben in vollständigem Elend. Die Globalisierung hat zu neuen sozialen Polarisierungen geführt.

Der Neoliberalismus versprach die Gleichstellung von Männern und Frauen. Die zunehmende Erwerbstätigkeit von Frauen ist eine Chance für Emanzipation. Sie wird jedoch von der allgemeinen Ausbreitung unsicherer Arbeitsverhältnisse für Frauen und Männer begleitet. Armut trifft immer noch vor allem Frauen und Kinder. Die Vermarktung von Frauen und Kindern wurde zu einem globalen Geschäft.

Die neoliberalen Politiker haben ihre sozialen Versprechen nicht eingehalten. Seit drei Jahrzehnten sinken die wirtschaftlichen Wachstumsraten in der westlichen Welt. Seit drei Jahrzehnten sind Druck auf die Masseneinkommen und Rücknahme bereits erreichter sozialer Leistungen die kapitalistische Reaktion darauf. Seit drei Jahrzehnten wird mit dieser Einschränkung der Massennachfrage, durch Umweltzerstörung und spekulative Kapitalanlagen auf den internationalen Finanzmärkten das Wachstum weiter verlangsamt. Der neue Schub des »Terrors der Ökonomie« ist verbunden mit dem Aufstieg des Waffenterrors im Arsenal imperialer Politik.

2. Der Kapitalismus im Zeitalter von Informations- und Kommunikationstechnologien

Die Krise der Nachkriegsordnung, die radikale Offensive des Neoliberalismus sowie die tief greifenden Wandlungen der Bedürfnisse, Werte und Lebensweisen haben zu einer Revolution der technologischen Produktionsweise und zur Herausbildung neuer Strukturen der Klassen, Schichten und sozialen Beziehungen in den hoch entwickelten kapitalistischen Gesellschaften geführt. Informations- und Kommunikationstechnologien treten in den Vordergrund und durchdringen als Grundlage moderner Produktion die industrielle Maschinerie. Neue Produktivkräfte wurden freigesetzt und gleichzeitig in die Strukturen der Kapitalverwertung eingebunden. Die Ökonomie der physischen Produktion wird durch die Ökonomie von Information und Kommunikation ergänzt und umgewälzt.

Nicht nur zahlenmäßig große Belegschaften, sondern auch leistungsfähige Einzelne und die Kooperation von kleineren Gruppen werden zu wichtigen Quellen des gesellschaftlichen Reichtums und bringen Ansätze zu Alternativen hervor.

Moderne Information und Kommunikation beschleunigen den sozialen Wandel, die Vernetzung und Komplexität moderner Gesellschaften und den Globalisierungsprozess. Flexibilisierung und Individualisierung wurden zu Grundprozessen der modernen Gesellschaften und zur Herausforderung der Linken.

Kleine und mittlere Unternehmen sind über Zuliefer- und Abnehmernetze von den großen Konzernen abhängig, die viele Risiken auf sie abwälzen. Sofern diese Unternehmen für regionale Märkte tätig sind, unterscheiden sich ihre Interessen erheblich von denen der global agierenden Konzerne. Mit ihren regionalen Kunden teilen sie die Interessen an der Stärkung der Binnenmärkte und gehören oft selbst zu den Opfern von Rationalisierung und Kostendruck, den sie an ihre Beschäftigten weitergeben. Mehr als die Großkonzerne tragen sie wesentlich zum Steueraufkommen und zur Schaffung von Arbeitsplätzen bei.

Wichtigste Form sozialer Kooperation des früheren Kapitalismus war die Unterstellung unter ein Kommando. Wichtigste Formen der Kooperation des gegenwärtigen Kapitalismus sind in den Kernbereichen Netzwerkstrukturen, flache Hierarchien im Arbeitsprozess und die Konzentration strategischer Entscheidungen in den Konzernspitzen. Während den Informationsarbeiterinnen und -arbeitern Eigenmotivation und Selbstkontrolle, Kooperation und schöpferische Gemeinschaftsarbeit abgefordert werden, untergräbt die hohe Abhängigkeit von kurzfristigen Verwertungsinteressen diese Potenziale wieder. Zwischenmenschliche Konkurrenz, Selbstausbeutung und Überarbeitung sind die Folge. Während die direkte Arbeitsorganisation zunehmend in die Verfügung der Beschäftigten gestellt ist, wird sie zugleich unmittelbar an der Kapitalrentabilität gemessen. Während Selbstverantwortung ein technologisches Erfordernis ist und Leitung sowie Kontrolle zumindest teilweise an die Beschäftigten delegiert werden müssen, sind die wichtigsten Entscheidungen weiterhin ihrem Einfluss entzogen und Arbeitnehmerrechte werden abgebaut. Für große Gruppen der Lohnabhängigen dauert bei wachsendem Leistungsdruck und steigender sozialer Unsicherheit die alte Arbeitsteilung mit monotonen Tätigkeiten an.

Der Informationskapitalismus beutet in bisher unbekanntem Maße die kulturellen Ressourcen der Menschen aus. Grundlage der kulturellen Ressourcen ist allgemeine Arbeit, die immaterielle Güter bereitstellt. Im Unterschied zu materiellen Gütern verschleißt immaterielle Güter bei Gebrauch nicht. Häufige Nutzung steigert ihre Produktivität und ihren Beitrag zur Wohlfahrt der Gesellschaft. Die private Monopolisierung dieser Reichtümer widerspricht ihrem Wesen als öffentliche Güter. Nur wenn kultureller Reichtum allgemein zugänglich ist, kann er auch produktiv entwickelt und genutzt werden.

Die immer stärkere Ausrichtung aller Beziehungen auf die Diktatur des Geldes widerspricht dem schöpferischen Eigeninteresse an der Arbeit und an freier Kooperation. Dem Zwang, das gesamte Leben an schnell verwertbarer Leistung zu orientieren, steht das Bedürfnis vieler Menschen gegenüber, eigenen Lebensvorstellungen nachzugehen. Das beherrschende Ziel, die kurzfristige Kapitalrendite und den Aktienwert zu erhöhen, widerspricht nicht nur dem Interesse am Gemeinwohl, sondern auch der Notwendigkeit langfristiger Marktentwicklung sowie zukunftsfähiger Unternehmensstrategien. Die Reduktion der Gesellschaft auf Märkte zerstört die natürlichen, sozialen, politischen und kulturellen Bedingungen gesellschaftlicher Produktivität und Innovation. Die fortschreitende Integration und Internationalisierung innerhalb der Europäischen Union ist zudem begleitet vom Aufkommen eines neuen Nationalismus und von Strategien der Desintegration in anderen Regionen.

Sozialistische Politik setzt an allen Widersprüchen des Kapitalismus an. Ihr Ziel ist es, die neuen Potenziale der Gesellschaft emanzipativ und solidarisch zu nutzen. Auch heute gilt Marx' Feststellung, dass in der bürgerlichen Gesellschaft jedes Ding mit seinem Gegenteil schwanger geht.

Der heutige Kapitalismus bringt Möglichkeiten hervor, die für die Lösung der Menschheitsfragen unverzichtbar sind, aber gleichzeitig fesselt, deformiert und zerstört er sie. Sie werden jedoch für sozialistische Politik und die Veränderung des Kräfteverhältnisses gebraucht und müssen dafür genutzt werden. Die Steigerung des gesellschaftlichen Reichtums kann Gestaltungsspielräume schaffen, sofern sie ökologisch verantwortbar erfolgt und der Reichtum gerecht verteilt wird; höhere Produktivität bringt mehr Zeit für selbstbestimmte Lebensweisen hervor, sofern sie mit einer Humanisierung der Arbeitswelt und einer Arbeitszeitverkürzung für alle einhergeht; der Zuwachs an Wissen und Information verbessert die Bedingungen bewusster Gesellschaftsgestaltung; Internationalisierung erleichtert den Zugang zu anderen Kulturen; Regionalisierung, erdumspannende Vernetzung auch alternativer Akteure durch Internet und globale Aktionen erhöhen die Chancen für die Demokratisierung von »unten«.

Der Widerspruch zwischen der Entfaltung neuer Produktivkräfte und ihrer Unterwerfung unter die bornierte Dominanz der Kapitalverwertung ist allgegenwärtig. Die Nutzung der neuen Möglichkeiten der menschlichen Zivilisation für sozialen und ökologischen Umbau der gesellschaftlichen Verhältnisse rückt in das Zentrum emanzipatorischen Handelns. Seit Ende der neunziger Jahre ist eine neue antikapitalistische globale Bewegung im Entstehen. Den Gewerkschaften wird mehr und mehr entschiedener Widerstand gegen die Verschlechterung der Lage der arbeitenden Menschen, die Senkung der Arbeitseinkommen und die Auflösung solidarischer Umverteilungsstrukturen abverlangt. Aus der Verbindung von globalisierungskritischen und anderen sozialen Bewegungen kann eine neue Kraft entstehen, in die sich die politische Linke einbringen muss.

3. Die globalen sozialen Probleme

Die krassen Gegensätze des Kapitalismus sind am Beginn des 21. Jahrhunderts zu globalen Existenzgefährdungen der Weltgesellschaft geworden. 20 Prozent der Weltbevölkerung im Norden produzieren und konsumieren mehr als 70 Prozent der Güter und Dienstleistungen weltweit. Große Teile der Weltbevölkerung sind ohne reguläre Erwerbsarbeit, haben keinen Zugang zu gesundem Trinkwasser, Nahrung, elementarer Gesundheitsversorgung und Bildung. Ihre natürlichen Lebensgrundlagen schwinden. Die ökologische Krise spitzt sich zur globalen Krise zu. Ganze Weltregionen sind vom Zerfall elementarer gemeinschaftlicher und staatlicher Strukturen erfasst. In vielen Ländern zerstören Kriege jede Hoffnung auf ein menschenwürdiges Leben. Afrikas Anteil am Welthandel ist auf ein Prozent gesunken. In zahlreichen Staaten herrschen Diktaturen, Nationalismus, Korruption und grausame Formen des Patriarchats.

Die imperiale Hegemonie der USA und der NATO samt ihrer Konzeption von Angriffskriegen soll den Erhalt der ausbeuterischen und zerstörerischen Strukturen garantieren und vertieft zugleich die Ursachen der realen Gefahren. Sie verstärkt soziale, wirtschaftliche und kulturelle Zerstörung und ökologische Verwüstung. Sie provoziert die Weiterentwicklung von Massenvernichtungswaffen und offensiven militärischen Konzepten. Sie führt zu politischer und völkerrechtlicher Diskriminierung von Staaten, zur Ausbreitung von regionalen Konflikten, von Kriegen und des internationalen Terrorismus, zur Missachtung der Menschenrechte sowie zur Marginalisierung der UNO und ihrer Charta.

Die Regierungen weniger Staaten, die Führungen einiger Weltkonzerne und die Spitzen des Finanzkapitals kontrollieren die wichtigsten internationalen Institutionen. Sie streben uneingeschränkte imperialistische Herrschaft an und wollen die Macht in ihrem Interesse umverteilen. Die führende Rolle spielt dabei eine Allianz von Rüstungs-, Finanz-, Rohstoff- und Energiekonzernen mit der Regierung der USA. In den Ländern der kapitalistischen Peripherie werden die Regierenden zunehmend zu Ausführungsinstanzen für die Beschlüsse von Institutionen des internationalen Kapitals wie des Internationalen Währungsfonds, der Weltbank und der Welthandelsorganisation. Mit Hilfe monetärer und handelspolitischer Instrumente, wirtschaftlichen und politischen Drucks und imperialer militärischer Übermacht entsteht ein neuer Totalitarismus der globalen Herrschaft transnationaler wirtschaftlicher und politischer Gruppen.

4. Die Europäische Union

Die PDS befürwortet die europäische Integration und die Erweiterung der Europäischen Union auf einer demokratischen, sozialen, ökologischen und zivilen Grundlage. Sie sieht in ihr eine Chance für eine supranationale Organisation, die dazu beitragen kann, Frieden, Freiheit und Gleichheit für die Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union und weltweit zu fördern. Das friedliche Miteinander ihrer Völker und Staaten ist ein zivilisatorisches Gut, für dessen Bewahrung und Weiterentwicklung sich die PDS nachhaltig engagiert. Deshalb bekämpft sie alle Tendenzen, die Europäische Union in eine Militärmacht zu verwandeln, den Sozialstaat zu zerstören und die Demokratie abzubauen.

Die Europäische Union wird für kapitalismuskritische, gewerkschaftliche und andere soziale Bewegungen und linke politische Parteien zunehmend ein politischer Raum zur Verteidigung, Erneuerung und Weiterentwicklung des Sozialstaats und für heutige antikapitalistische Kämpfe. Sie wollen ihre reichen Erfahrungen gemeinsam nutzen.

In der Außen- und Sicherheitspolitik steht die Europäische Union an einem Scheideweg. Sie kann sich einsetzen für eine weltweite völkerrechtliche Ordnung, für zivile Konfliktprävention und friedliche Lösung von Konflikten sowie solidarische und demokratische Entwicklung. Sie kann aber auch zum weiteren Ausbau einer imperialen Weltordnung unter Führung der USA beitragen und sich dabei als Juniorpartner mit eigenen Großmachtinteressen profilieren. Gegenwärtig tendiert sie zu Letzterem. Sie hat mit dem Aufbau einer hoch-technologischen Interventionsmacht begonnen und beansprucht, international und gegebenenfalls unter Bruch des Völkerrechts militärisch operieren zu können. Zur ideologischen Rechtfertigung stützt sie sich dabei auf die New-Labour-Doktrin eines »liberalen Imperialismus«, wonach bei bewaffneten Operationen in so genannten Versagerstaaten das Prinzip der Nicht-Intervention dem Prinzip der internationalen Verantwortung weichen müsse. Gleichzeitig nehmen die Widersprüche im transatlantischen Militärbündnis und zwischen Staaten der Europäischen Union zu.

Die PDS wirkt dafür, dass die Europäische Union künftig eine eigenständige Rolle in der internationalen Politik spielt, indem sie sich dem Hegemonialstreben der USA widersetzt und zu einer Staatengemeinschaft wird, in der die Außenpolitik und Außenwirtschaft den Prinzipien gemeinsamer Sicherheit untergeordnet wird, die auf Abrüstung und zivile Konfliktprävention setzt, die durch internationale Investitionen, durch mehr Entwicklungshilfe und fairen Handel gezielt zur Entwicklung einer solidarischen Weltgemeinschaft beiträgt.

Die Verträge von Maastricht und Amsterdam haben den Ausbau der Europäischen Union zu einer von Banken- und Konzerninteressen geprägten Wettbewerbszone gefördert. Die nationalen Regierungen und die Europäische Kommission setzen ihre Politik der neoliberalen Deregulierung und Privatisierung beschleunigt fort. Die auch von der PDS bejahte Einführung der gemeinsamen Währung erfolgte entgegen ihren Vorstellungen und denen von Gewerkschaften und anderen sozialen Kräften als Angriff auf die europäischen sozialstaatlichen Traditionen und unter Missachtung der Erfordernisse von Wirtschafts-, Sozial- und Beschäftigungspolitik. Massenarbeitslosigkeit und Armut gehören nach wie vor zu den gesellschaftlichen Hauptproblemen in Europa. Wir setzen uns dafür ein, das Potenzial des europäischen Binnenmarktes und der Wirtschafts- und Währungsunion für die soziale und ökologische Gestaltung der Globalisierungsprozesse zu nutzen.

Aktuell steht die Europäische Union ihren Bürgerinnen und Bürgern vor allem als eine bürokratische, unsoziale und undemokratische Realität gegenüber. Wichtige Souveränitätsrechte der Staaten sind an die EU abgegeben und nationaler demokratischer Kontrolle entzogen worden, ohne die politischen Entscheidungsprozesse in der EU zu demokratisieren und vor allem die Rechte des Europäischen Parlaments auszuweiten. Die umfassende Demokratisierung der Europäischen Union und ihre soziale Ausrichtung sind und bleiben für die PDS ein Schlüssel für den Aufbau eines Europas der Bürgerinnen und Bürger.

Die PDS unterstützt den Prozess des Entstehens einer Europäischen Verfassung. Trotz der angestrebten Stärkung von Bürgerrechten reichen die bisher erzielten Fortschritte nicht aus, um das Sozial- und Demokratiedefizit der EU zu überwinden. Mit dem Schengener Abkommen und mit ihrer Handels- und Landwirtschaftspolitik erweist sich die EU als Festung gegen die Nöte des Südens und Ostens. Wir wollen ein offenes und demokratisches Europa, das seine Grenzen für Menschen in Not öffnet und Rassismus und Antisemitismus ächtet.

Dem neoliberalen und militärischen Machtanspruch der EU setzt die PDS die Alternative eines Integrationsprojektes entgegen, das die Demokratiedefizite der Europäischen Union überwindet, die europäische Integration sozial und ökologisch orientiert und die EU-Erweiterung sowie die Neugestaltung des Verhältnisses zu Russland nutzt, um in Europa unter dem Dach der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit kooperative und dauerhafte Friedenssicherung zu gewährleisten. Eine solche Politik knüpft an die im Vergleich zur angelsächsischen Entwicklung stärkere Ausprägung sozialstaatlicher Daseinsvorsorge in den meisten europäischen Ländern an und nimmt den hier größeren Einfluss von Gewerkschaften und sozialen Bewegungen auf die gesellschaftliche Entwicklung auf.

Die PDS setzt sich für die Weiterentwicklung der Grundrechtecharta der Europäischen Union und insbesondere für ein einklagbares Recht auf eine bedarfsorientierte Grundsicherung ein. Sie fordert die Umorientierung zu einer Politik sozialer und ökologischer Innovation, die nachhaltige Regionalentwicklung einschließt und Rahmenbedingungen für eine Vollbeschäftigung

tigung neuer Art schafft. Die öffentliche Daseinsvorsorge muss ausgebaut werden und darf weder den EU-Wettbewerbsregeln noch der neoliberalen Marktlogik und dem Privatisierungsdruck des GATS-Abkommens im Rahmen der WTO unterworfen bleiben.

Manche Ansätze in der Beschäftigungs-, Umwelt-, Sozial- und Regionalpolitik der Europäischen Kommission und der politischen Zusammenarbeit innerhalb der EU bieten nach Auffassung der PDS Chancen, nationale Borniertheit zurückzudrängen und soziale Interessen zur Geltung zu bringen. Die großen historischen und nationalen Erfahrungen in der Auseinandersetzung mit Kapitalismus, Militarismus und globalem Neoliberalismus können den Kampf für ein friedliches, demokratisches, soziales und offenes Europa bereichern.

Das 20. Jahrhundert ging mit dem ersten Krieg zu Ende, an dem die Europäische Union direkt beteiligt war, dem Krieg gegen Jugoslawien. Das 21. Jahrhundert begann mit dem Überfall der NATO-Staaten auf Afghanistan und dem völkerrechtswidrigen Krieg der USA und Großbritanniens gegen den Irak. Die PDS setzt sich dafür ein, dass weder von Europa noch von irgendwo auf der Welt wieder Krieg ausgeht bzw. auf europäischem oder anderem Territorium geführt wird.

5. Die Bundesrepublik Deutschland

In den neunziger Jahren wurde sowohl in der Bundesrepublik selbst als auch in der Europäischen Union eine Politik der Privatisierung öffentlicher Unternehmen und Leistungen sowie der wirtschaftlichen und sozialen Deregulierung vorangetrieben. Neoliberale Politik setzte sich durch. Der Regierungswechsel 1998 führte zwar zunächst zu bestimmten Modifizierungen des neoliberalen Herrschaftsprojekts, leitete dann aber eine neue Phase seiner umfassenden Durchsetzung ein. Die Hoffnungen auf eine Wende hin zu einer sozialen und ökologischen Politik erfüllten sich nicht. Es wurde der Bruch mit den Gewerkschaften eingeleitet. Die Linken der SPD und der Grünen sehen sich an den Rand gedrängt. Unter der irreführenden Bezeichnung Reform werden in einer großen Koalition mit den konservativen Parteien und den führenden Kapitalkräften Deutschlands neoliberale Strukturveränderungen vorangetrieben, die die wirtschaftliche und soziale Krise vertiefen, die Massenarbeitslosigkeit verschärfen und den Lebensstandard der Lohnabhängigen und vieler anderer Gruppen senken. Die stagnierende Binnennachfrage birgt die Gefahr der Depression, der weiteren öffentlichen Verschuldung und schränkt den Handlungsraum des Staates ein. Dazu hat auch die Abgabe wichtiger Entscheidungsmöglichkeiten an die EU und die internationalen Wirtschaftsorganisationen sowie die Liberalisierung der Weltwirtschaft beigetragen. Die Linke hat bisher keine erfolgreichen Gegenstrategien entwickelt.

Die verschiedenen sozialdemokratischen Dritten Wege als Antwort auf den herrschenden Neoliberalismus erweisen sich nicht nur als ambivalent, sie sind unvereinbar mit der Durchsetzung sozialer, politischer und kultureller Rechte der Menschen und nicht tragfähig, die entscheidenden Probleme des 21. Jahrhunderts zu lösen.

Im Unterschied zum klassischen Neoliberalismus erkennen sie jedoch die Legitimität der Vertretung sozialer Interessen gegenüber dem Kapital an. Die Konsequenz der Gegenkräfte kann deshalb einerseits durch Einbindung der Gewerkschaften und Umweltorganisationen in die neoliberale politische Praxis geschwächt werden, andererseits haben Gewerkschaften und Umweltorganisationen die Möglichkeit, wichtige soziale und ökologische Interessen wirksam zu vertreten. Auch die zivilgesellschaftliche Selbstorganisation kann genutzt werden, um gesellschaftliche Interessen gegenüber Kapitalverwertungsinteressen, patriarchalen Herrschaftsverhältnissen und Rassismus zu stärken. Aber diese Chancen aus der Zwiespältigkeit des sozialdemokratischen Projektes konnten bisher kaum genutzt werden. Der Versuch des Spagats zwischen Anpassung an das Diktat der Weltmärkte und Teilbewahrung ursprünglicher sozialdemokratischer Werte hat zu Beginn des neuen Jahrhunderts zum Übergewicht neoliberaler Entwicklungstendenzen geführt. Noch ist nicht absehbar, welchen Einfluss der Widerstand linker sozialdemokratischer Kräfte dagegen gewinnen kann.

Das solidarische Sozialversicherungssystem wird kapitalistischem Umbau und weit reichenden Privatisierungen geopfert, die zur dauerhaften sozialen Ausgrenzung von Millionen Menschen und zu einer tiefen sozialen Spaltung führen, obwohl die materiellen Möglichkeiten in der Gesellschaft erheblich gewachsen sind.

Der politische Strategiewechsel ging mit der offenen Aufgabe der machtpolitischen Zurückhaltung einher, die in der Vergangenheit zur Überwindung des Misstrauens der europäischen Völker gegenüber Deutschland und zu einer bestimmten Zivilisierung deutscher Politik beigetragen hatte. Die mit Hilfe des Zwei-Plus-Vier-Vertrags 1990 zurückgewonnene Souveränität wurde als Argument für die »Normalisierung« deutscher Außen- und Militärpolitik, für den Anspruch auf eine dominante Rolle in der EU und für die aktive Beteiligung an Kriegen genutzt. Wichtige Ergebnisse der 68er Bewegung werden zurückgedrängt und Erfahrungen der Friedensbewegung der achtziger Jahre negiert. Die Leistungen sozialer und demokratischer Bewegungen der Bundesrepublik vor 1989 wurden im erweiterten Deutschland marginalisiert. Im Jahr 1990 stand das Wort des Bundeskanzlers, wonach von dem vereinten Deutschland Frieden ausgehen werde. Tatsächlich wurde seit 1990 jedoch die Militarisierung der Bundesrepublik Deutschland beschleunigt. Die Sozialdemokratie hat sich von ihren Wurzeln in der Arbeiterbewegung und die Partei Bündnis 90/Die Grünen von ihren Ursprüngen aus der basisorientierten, radikaldemokratischen und friedensorientierten Bewegung immer weiter entfernt.

Die Einheit Deutschlands hat der ostdeutschen Bevölkerung repräsentative parlamentarische Demokratie, individuelle staatsbürgerliche Freiheiten, Rechtsstaatlichkeit, eine Modernisierung der Infrastruktur und westlichen Konsumstil gebracht – aber nicht Gerechtigkeit. Die herrschenden Eliten des vereinigten Deutschlands haben das historische Erbe der DDR und ihrer friedlichen Volksbewegung von 1989/90 ausgeschlagen, um ihre eigene Vormacht zu behaupten und soziale und demokratische Reformen der erweiterten Bundesrepublik zu verhindern. Ihre Politik ging mit der Verletzung der Grundprinzipien des Einigungsvertrages einher. Wachsende soziale Ungleichheit und politische wie rechtliche Benachteiligung der Ostdeutschen sind die Folgen.

Die aus der Gestaltung anderer gesellschaftlicher Verhältnisse resultierenden Erfahrungen der Menschen im zweiten deutschen Staat nach 1945 wurden weitgehend ignoriert. Dies gilt unter anderem für die Erfahrungen von Frauen in einer Gesellschaft der Vollbeschäftigung, für die Integration von Produktion, sozialen und kulturellen Aufgaben in Betrieben, für genossenschaftlich betriebene Landwirtschaft, die integrierten Gesundheitsdienste, die positiven Ergebnisse des einheitlichen Bildungssystems, die Eigenständigkeit des akademischen Mittelbaus an den Hochschulen, die Multidisziplinarität an Universitäten, die breite Förderung kultureller und sportlicher Einrichtungen, von Kinderbetreuungsstätten und Jugendklubs. Es wurde eine einseitige Anpassung an Westdeutschland gefordert und weitgehend durchgesetzt.

Eine Vielzahl falscher Entscheidungen hat auf lange Zeit die Grundlagen für einen selbsttragenden Aufschwung in Ostdeutschland zerstört. Nicht wenige Regionen in Ostdeutschland sind von Unterentwicklung gezeichnet. In dem Jahrzehnt nach 1990 haben 1,5 Millionen Menschen im erwerbsfähigen Alter mit ihren Kindern Ostdeutschland verlassen. Ohne einen wirtschafts-, umwelt- und beschäftigungspolitischen Neubeginn werden große Teile Ostdeutschlands zur Notstandsregion.

III. Reformalternativen: demokratisch, sozial, zivil

Sozialistische Politik entsteht aus dem Kampf für Gerechtigkeit und die gleiche Teilhabe aller an den gesellschaftlichen Freiheitsgütern. Sie wendet sich gegen die Vermarktung und Entmündigung von Menschen und gegen Krieg. Sie entwickelt sich in breitesten sozialen und politischen Bündnissen. Sie zielt heute auf die Veränderung der Kräfteverhältnisse, die Schaffung der notwendigen Voraussetzungen für einen Richtungswechsel der Politik und die damit verbundene Umgestaltung von Eigentums- und Machtstrukturen. Sie ist internationalistisch.

Sozialistische Politik heißt Einsatz für die demokratische Mitwirkung aller, denn Frieden und Freiheit brauchen die Demokratisierung der Macht.

Sozialistische Politik heißt Einsatz für den Frieden, denn das Recht auf Leben ist elementarste Voraussetzung für die Freiheit aller.

Sozialistische Politik heißt Einsatz für einen Richtungswechsel der Wirtschaftspolitik, für soziale und ökologische Effizienz und Gerechtigkeit, denn ungebremste Profitsucht gefährdet Leben und Sicherheit aller.

Sozialistische Politik heißt Einsatz für die Bewahrung unserer natürlichen Umwelt, denn die Natur ist das am meisten gefährdete Gut der Menschheit.

Sozialistische Politik heißt Einsatz für eine Gesellschaft mit erneuerter Vollbeschäftigung, denn existenzsichernde, sozial anerkannte und ökologisch orientierte Arbeit ist die Grundlage individueller Freiheit und gesellschaftlicher Solidarität.

Sozialistische Politik heißt Einsatz für die solidarische Erneuerung der sozialen Sicherungssysteme, denn soziale Sicherheit ist eine zentrale Bedingung menschenwürdigen Lebens.

Sozialistische Politik heißt Einsatz für den freien Zugang aller zu Wissen, Kultur und Information, denn wie nie zuvor bestimmt dies die Möglichkeiten der Einzelnen und die Zukunft der Gesellschaft.

Sozialistische Politik heißt Einsatz für ein erneuertes Entwicklungskonzept, um strukturschwache Regionen im Osten und Westen Deutschlands zu stärken, denn gleiche Lebenschancen sind ein Grundmerkmal von Solidarität.

Sozialistische Politik heißt, die gesellschaftliche Dominanz von Männern über Frauen zu überwinden und für die tatsächliche Gleichstellung der Geschlechter in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft zu streiten.

Sozialistische Politik heißt Ablehnung jeglicher Form von Altersdiskriminierung und Achtung der Lebensleistung älterer Menschen. Sozialistische Politik heißt, die Diskriminierung von Menschen anderer nationaler, religiöser oder weltanschaulicher Herkunft aufzuheben.

Die heutigen Kräfteverhältnisse sind durch die Hegemonie des Neoliberalismus und die Offensive jener Kräfte gekennzeichnet, die sich für eine weitere Durchkapitalisierung der Gesellschaft einsetzen. Sozialistische Politik muss von diesen Voraussetzungen ausgehen. Die Schaffung der Bedingungen für einen Richtungswechsel der Politik ist eine langfristige Aufgabe. Protest und Widerstand müssen mit dem Engagement für greifbare Reformprojekte verbunden werden. Ziel dieser Reformprojekte ist es, die Lebensbedingungen zu verbessern, Schritte zu mehr Gerechtigkeit und Demokratie zu gehen und den Einstieg in eine umfassendere Umgestaltung der Eigentums- und Machtverhältnisse vorzubereiten, die die Dominanz des Profits über die Gesellschaft bricht.

1. Demokratie

Ausweitung individueller und kollektiver Rechte der Bürgerinnen und Bürger / Demokratisierung der Kommune / Wirtschaftsdemokratie / Demokratische Weltordnung

Demokratisierung des Staates, der Wirtschaft und der Gesellschaft ist für die PDS die entscheidende Frage jeder Reformalternative. Das erfordert unbeschränkte Möglichkeiten zur öffentlichen Information und setzt zugleich Bildung, Wissen, Schutz vor ökonomischer Repression und finanzielle Sicherung gegen Armutsrisiken voraus.

Die individuellen und kollektiven politischen Grundrechte, parlamentarische Demokratie, politischer Pluralismus, Gewaltenteilung und Rechtsstaatlichkeit sowie kommunale Selbstverwaltung sind für die PDS unverzichtbare Errungenschaften zurückliegender Kämpfe um die Gleichberechtigung aller. Die PDS steht für die Überzeugung Rosa Luxemburgs von 1918 ein, dass »es sich bei den demokratischen Formen des politischen Lebens in jedem Lande ... tatsächlich um höchst wertvolle, ja unentbehrliche Grundlagen sozialistischer Politik handelt«. Die PDS tritt dafür ein, ergänzend zu den politischen Grundrechten die sozialen Rechte verfassungsmäßig zu verankern.

Die bisherigen demokratischen Errungenschaften sind bedroht. Im Gefolge der Aufwertung von militärischer Gewalt in den internationalen Beziehungen verstärken sich in der Innenpolitik antidemokratische Tendenzen. Bürgerrechte werden zu Gunsten staatlicher Eingriffe in die Privatsphäre eingeschränkt, Befugnisse von Polizei und Geheimdiensten unmäßig erweitert. Die Konzerne und Finanzorganisationen, die Welthandelsorganisation und der Internationale Währungsfonds untergraben die Entscheidungssouveränität der Parlamente demokratischer Staaten und schränken Menschenrechte ein. Medienkonzerne sind demokratischer Kontrolle weit gehend entzogen.

Wir wollen, dass in allen großen Unternehmen die Beschäftigten und ihre Gewerkschaften bei wirtschaftlichen und sozialen Entscheidungen paritätisch mitbestimmen können. In den Regionen, Ländern und im Bund sollen Wirtschafts- und Sozialräte mit Informations-, Initiativ- und Beratungsrechten in Bezug auf die Wirtschafts- und Sozialpolitik gebildet werden. Darin sollen Arbeitgeber und Gewerkschaften sowie Sozial-, Umwelt- und Verbraucherverbände mitwirken. Auch in transnationalen Konzernen und auf der europäischen Ebene soll die Mitbestimmung gewährleistet und ausgeweitet werden.

Die Stärkung parlamentarischer Rechte und demokratischer Gegenkräfte gegenüber den Interessen von Konzernen, Großbanken und Anlagefonds gehört zu den Grundbedingungen von Volkssouveränität. Die PDS hält die Wirtschaftsdemokratie für ein dringendes Gebot des sozial-ökologischen Umbaus. Belegschaften, Gewerkschaften, Verbraucher- und Naturschutzverbände, Bürgerinnen- und Bürgerinitiativen, kommunale und parlamentarische Vertretungen müssen in die Lage versetzt werden, soziale, ökologische und kulturelle Lebensinteressen heutiger und künftiger Generationen gegenüber ökonomischen Verwertungsinteressen geltend zu machen.

Dezentralisierung und stärkere gesellschaftliche Aktivität von unten sind nötig. Die PDS unterstützt Forderungen, die repräsentative Demokratie mit wirksamen Formen direkter Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger in den Gemeinden, Landkreisen und Ländern zu verbinden. Auf Bundesebene und im Rahmen der Europäischen Union sollte es Volksentscheide mit niedrigen Einstiegsquoten geben. Die PDS engagiert sich für die Einführung einer umfassenden Volksgesetzgebung sowie für Runde Tische und regionale Wirtschafts- und Sozialräte. Demokratie wird zuerst in den Kommunen erfahren. Die PDS unterstützt die Entwicklung der Kommunen zu Bürgerkommunen, die in hoher Eigenständigkeit über ihre Angelegenheiten entscheiden können. Sie spricht sich für die direkte Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an der Haushaltspolitik (partizipative Bürgerhaushalte) und an Entscheidungen über die Sicherung der öffentlichen Daseinsvorsorge aus. Die finanzielle Handlungsfähigkeit der Kommunen muss wiederhergestellt werden. Sie ist eine Grundbedingung regionaler Wirtschaftskreisläufe. Die Kommunen brauchen eigene, verlässliche Finanzquellen. Die Wirtschaft darf nicht aus der Verantwortung entlassen werden. Zu den wichtigsten kommunalpolitischen Forderungen der PDS gehört es, auf Bundes- und Landesebene strikt daran festzuhalten, den Kommunen mit neuen Aufgaben immer auch die finanziellen Mittel zu deren Lösung zuzuweisen (Konnexitätsprinzip).

Die PDS begreift sich als sozialistische Bürgerrechtspartei. Die Rechte der Bürgerinnen und Bürger und ihrer Organisationen gegenüber Staat und Wirtschaft bedürfen des Schutzes. Dazu gehören im Grundgesetz verankerte individuelle Rechte gegenüber staatlichem Zugriff, rechtliche Überprüfbarkeit staatlichen Handelns, Rechtswegeggarantie und unabhängige Kontrollinstanzen gegenüber den Sicherheitsorganen des Staates. Mit der umfassenden Ausgestaltung des Rechts auf Selbstbestimmung des Einzelnen über ihn betreffende Daten und Informationen sind allgegenwärtige Tendenzen zum Überwachungsstaat und zur Vermarktung dieser Informationen entschieden abzuwehren. Wir bestehen auf der strikten Trennung von Polizei und Militär und lehnen den Einsatz der Bundeswehr im Innern ab.

Den Schutz vor krimineller Gewalt zu gewährleisten, ist Aufgabe des Staates. Gut ausgebildete und human motivierte Polizeikräfte sind zur Verbrechensbekämpfung besser geeignet als Videokameras, Abhöranlagen, Verletzungen des Briefgeheimnisses und andere Einschränkungen von Bürgerrechten. Zugleich gilt es, die sozialen und politischen Ursachen für Kriminalität langfristig abzubauen und Gewalt sozial und kulturell zu ächten. Die Erziehung zur gewaltfreien Konfliktlösung beginnt in der Familie und Schule.

Junge Menschen müssen eine Gesellschaft erfahren können, der ihr Schicksal nicht gleichgültig ist, die sich mit dem Rückstand von Bildungs- und der Schließung von Kultureinrichtungen, dem Fehlen von Ausbildungs- und Arbeitsplätzen nicht länger abfindet. Kinder und Jugendliche brauchen mehr Möglichkeiten der Mitbestimmung. Wir wollen, dass das aktive und passive Wahlrecht auf 16 Jahre herabgesetzt wird. Schulen, Freizeiteinrichtungen, Sportstätten, Orte der Kommunikation Jugendlicher und die kommunale Infrastruktur müssen ihnen Möglichkeiten bieten, sich nach eigenen Entscheidungen für Angelegenheiten ihres Interesses zu engagieren, individuelle Stärken und Talente zu entdecken und an eigenen Lebensentwürfen zu arbeiten. Besonders in verödeten und Randregionen müssen Perspek-

tiven für die junge Generation eröffnet werden, die dem Verbleiben in der Heimatregion einen Sinn geben und auch Grundlagen für gewaltfreies Austragen von Konflikten bieten.

Solange Frauen und Männer nicht in allen gesellschaftlichen Bereichen gleichgestellt und Umverteilung von Erwerbsarbeit zu Gunsten von Frauen und von sozialer und Familienarbeit zu Gunsten von Männern nicht gelebt wird, solange werden Demokratie und Menschenrechte in Deutschland und der Europäischen Union ein unvollendetes Projekt bleiben. Wir halten unsere Forderung nach einem Recht der Frauen auf selbstbestimmte Schwangerschaft uneingeschränkt aufrecht und treten nach wie vor für die Streichung des § 218 ein. Wir wenden uns gegen jede Form der Diskriminierung von Lesben und Schwulen. Wir treten dafür ein, dass keine Lebensweise gegenüber einer anderen privilegiert werden darf.

Demokratisierung der Gesellschaft schließt auch ein, jene gesellschaftlichen Barrieren abzubauen, die einer gleichberechtigten Teilhabe von Menschen mit Behinderungen am sozialen Leben entgegenstehen – sei es in der Kommunikation, in der Existenz von Vorurteilen, in der Mobilität, der schulischen und beruflichen Bildung, im Arbeitsprozess und in der Sozialwirtschaft.

Die Verrohung der politischen Kultur, Intoleranz, Rassismus, Antisemitismus und Gewalt gegenüber anderen Lebensweisen stellen große Gefahren für das demokratische Zusammenleben dar. Rechtsextreme und neonazistische Kräfte gewinnen besonders dort an Einfluss, wo die Pflicht vernachlässigt wird, allen die Chance für ein menschenwürdiges Dasein zu bieten. Mit Blick auf die deutsche Geschichte und Gegenwart bekennt sich die PDS zu konsequentem Antifaschismus und lehnt jede Form von Rechtsextremismus und Rechtspopulismus strikt ab.

Die PDS fordert eine offene und tolerante Gesellschaft, die allen in Deutschland und in den Ländern der Europäischen Union lebenden und arbeitenden Menschen gleiche Bürger- und Menschenrechte unter angeglichenen materiellen und sozialen Bedingungen einräumt. Menschenrechte sind nicht teilbar, nicht in politische und soziale, individuelle und kollektive, nicht in Frauen- und Männerrechte, nicht in Menschenrechte für Deutsche und Nichtdeutsche, für Menschen mit und ohne Behinderungen, nicht in Menschenrechte für Menschen mit der einen oder der anderen sexuellen Orientierung.

Für Menschen in Not müssen die Grenzen Deutschlands und der Europäischen Union offen sein. Gemeinsam mit Vertreterinnen und Vertretern linker Kräfte im Europäischen Parlament tritt die PDS einer weiteren Aushöhlung des Asylrechts entschlossen entgegen und fordert die Angleichung der Einwanderungspolitik im Rahmen der EU auf der Basis international geltender Menschenrechte. Sie setzt in diesem Zusammenhang ihren Widerstand gegen jene Teile des Schengener Abkommens und deren Integration in den Amsterdamer Vertrag fort, die Menschenrechte verletzen.

Die Angehörigen der seit Jahrhunderten in Deutschland lebenden Minderheiten – Sorben, Dänen, Friesen, Sinti und Roma – müssen gleichberechtigt ihre spezifischen Belange und Ansprüche artikulieren und realisieren können. Sie sollen umfassend in alle sie betreffenden Entscheidungsprozesse einbezogen werden, und es müssen von Bund und Ländern umfassende Rahmenbedingungen geschaffen werden, die die Wahrung ihrer Identität, Sprache und Kultur sichern. Nur so werden sie in Deutschland eine Zukunft haben.

Gleiches gilt für eingewanderte Minderheiten anderer Herkunft, damit sie als Bürgerinnen und Bürger mit allen Rechten und Pflichten gesellschaftliche Anerkennung finden. Denn Integration ist ein zweiseitiger Prozess, der die aufnehmende Gesellschaft genauso fordert wie die eingewanderten neuen Gesellschaftsmitglieder.

Die kapitalistische Globalisierung wird mit den Mitteln imperialer Herrschaft durchgesetzt. Eine sozial gerechte Globalisierung ist ohne eine neue demokratische Weltordnung unmöglich. Die PDS unterstützt die Forderungen nach Stärkung und Demokratisierung der UNO, gleichberechtigtem Einfluss des Südens und Ostens in Welthandelsorganisation, Internationalem Währungsfonds und Weltbank, nach Regulierung der Finanzmärkte, Einführung von international wirksamen Devisenumsatz- und Kapitalverkehrssteuern und gesicherten Kontrollen großer Kapitalbewegungen. Die umfassende Durchsetzung allgemeiner Menschenrechte, die Einführung international geltender sozialer und ökologischer Standards und eine solidarische Entwicklungspolitik gehören auf die Agenda einer erneuerten demokratischen Weltordnung.

2. Frieden und Gewaltfreiheit

Gemeinsame Sicherheit / Zivile Vorbeugung und Lösung von Konflikten / Übergreifende Bündnisse gegen die imperiale und kriegerische Neuordnung der Welt / Umfassende Entmilitarisierung und Abrüstung

Der Schutz des Lebens ist ein elementares Gut, auf das alle Menschen gleichermaßen Anspruch haben. Leidenschaftlich engagiert sich die PDS dafür, Gewaltfreiheit nach innen und Frieden nach außen Geltung zu verschaffen.

Die PDS ist eine konsequente Antikriegspartei. Für die PDS ist der Bruch mit der herkömmlichen politischen Logik der militärischen Abschreckung, Bedrohung und Kriegsführung konstituierend. Frieden ist für die PDS Programm und Auftrag, in Wort, Schrift und Tat, übereinstimmend im parlamentarischen Handeln und im außerparlamentarischen Engagement. Gemeinsam mit Kräften der Friedensbewegung und anderen Kriegsgegnern setzt sich die PDS weiterhin für gerechten Frieden und die Überwindung von Militärbündnissen ein.

Wir wollen, dass die Europäische Union zivil bleibt, die NATO aufgelöst und durch ein gesamteuropäisches, internationales Sicherheitssystem ersetzt wird.

Frieden ist mehr als die Abwesenheit von Krieg: Dauerhafter Frieden gründet sich auf globale Gerechtigkeit und Zivilisierung der internationalen Beziehungen. Friedenspolitik ist heute auch Entwicklungspolitik. Es geht um vorbeugende Konfliktvermeidung und um zivile Konfliktlösungen, die darauf gerichtet sind, Wurzeln der Gewalt – unwürdige Lebensbedingungen, soziale Ungerechtigkeiten, Missachtung der Menschenrechte – zu beseitigen. Arroganz und Willkür sind ein Hindernis für den Aufbau einer friedlichen, gerechten Welt.

Aus dem Kampf um Macht, Märkte und höchste Profite, um ökonomische, politische und kulturelle Vorherrschaft, aus Armut und Unterentwicklung, dem Zerfall von Staaten, aus ethnischen und religiösen Konflikten, der Verknappung und ungerechten Aneignung von Naturressourcen, aus Besitz und Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen, aus terroristischen Netzwerken erwächst die Gefährdung des Weltfriedens in unserer Zeit. Der Anspruch der USA, im Namen des globalen Antiterrorkrieges auf militärischem Weg die Alleinherrschaft über die Welt zu erlangen, mündet in die antizivilisatorische Anmaßung so genannter Präventivkriege und zerstört das Völkerrecht.

Sicherheit ist heute weder militärisch noch unilateral zu haben. Die sozialistische Antwort auf den Weltherrschaftsanspruch der USA liegt nicht im Streben nach neuen Blöcken oder in der Konkurrenz Europa - USA. Die PDS ist gegen eine hochgerüstete Europäische Union und fordert eine entsprechende Veränderung der Außen- und Sicherheitspolitik der EU. Die sozialistische Alternative lautet: eine Welt gleichberechtigter Völker und Staaten, internationaler Bewegungen, kultureller Vielfalt, Achtung der Menschenrechte, Gleichberechtigung der Geschlechter, weltanschaulicher Toleranz, Kooperation und Dialogfähigkeit, weltumspannender ziviler Sicherheit.

Globale Gerechtigkeit bedingt, finanzielle Mittel nicht weiter für Rüstung zu vergeuden, sondern sie zur Überwindung von Armut, Hunger und Massenkrankheiten einzusetzen. Der ökologische Raubbau an der Natur muss gestoppt, Bildung und Erwerbsarbeit müssen allen zugänglich sein. Die PDS tritt dafür ein, dass die Vereinten Nationen gestärkt und reformiert werden. Asien, Afrika und Lateinamerika sollen in der UNO und in ihrem Weltsicherheitsrat ein größeres Gewicht erhalten.

Der PDS geht es um die strikte Einhaltung und Durchsetzung des Völkerrechts, wie es in der Charta der Vereinten Nationen verankert ist, um Gewaltverbot in den internationalen Beziehungen, Einhaltung der Menschenrechte, Achtung der Souveränität der Staaten; diese Eckpfeiler des modernen Völkerrechts müssen ohne Ausnahme und gegenüber allen Staaten gewährleistet, verteidigt und durchgesetzt werden. Die Übereinstimmung von Charta und politischen Beschlüssen ist entscheidend für die Legitimität und Autorität der UNO. Diesem Anspruch haben nicht alle Entscheidungen des Weltsicherheitsrates entsprochen. Der Weltsicherheitsrat darf das allein ihm durch die Charta übertragende Recht, auch militärische Mittel, wenn alle zivilen ausgeschöpft sind, zur Abwendung der Gefährdung des Weltfriedens einzusetzen, nicht unter dem Druck und im Interesse der Großmächte missbrauchen. Ebenso darf sich kein Staat der Welt und kein Staatenbündnis dieses Recht anmaßen; die UNO muss sich solchen Anmaßungen widersetzen.

Die PDS tritt dafür ein, den universellen Menschenrechten durch die Stärkung und Achtung der internationalen Gerichtsbarkeit, durch den Dialog der Kulturen und Zivilisationen in allen Ländern Geltung zu verschaffen. Die Menschenrechte dürfen nicht als Vorwand für Militärinterventionen benutzt werden.

Die PDS befürwortet, dass die internationalen Institutionen besser in die Lage versetzt werden, bei der Lösung von Konflikten mit zivilen Instrumenten zu helfen. Die Bundesrepublik könnte mit der Gründung einer Bundesinstitution zur zivilen Konfliktvorbeugung und -bearbeitung und dem Aufbau eines weltweit einsetzbaren Internationalen Hilfs- und Katastrophendienstes dazu beitragen.

Die PDS lehnt in konsequenter Anerkennung des Artikels 26 Grundgesetz weiterhin eine Beteiligung der Bundeswehr an UN-mandatierten Militärinterventionen unter Berufung auf Kapitel VII der UN-Charta ab, unabhängig von der jeweiligen Haltung der im UN-Sicherheitsrat vertretenen Staaten.

Von deutschem Boden darf kein Krieg ausgehen.

Dieses Gebot muss wiederhergestellt und unantastbar werden. Die PDS lehnt die Schaffung deutscher und europäischer Interventionsarmeen ab. Das Verbot der Produktion und Anwendung nuklearer und anderer Massenvernichtungswaffen in Deutschland muss bestehen bleiben. Entwicklung und Produktion neuer Angriffswaffen, internationaler Waffenhandel, Rüstungsexporte sind zu unterbinden. Zur Durchsetzung dieser Forderungen sind schärfere, transparente Kontrollen und Sanktionen notwendig. Die Bundesrepublik Deutschland muss sich für weit gehende internationale Abrüstungsabkommen einsetzen, den Umfang der Bundeswehr reduzieren, die Wehrpflicht und andere Zwangsdienste abschaffen, auf neue Rüstungsprojekte verzichten und den Verteidigungsetat reduzieren. Deutschland sollte auch einseitig mit gutem Beispiel vorangehen. Deutschlands Verantwortung für zwei Weltkriege gebietet eine uneingeschränkte Friedenspflicht. Die Bundesrepublik ist gehalten, ihre Wirtschaftskraft und ihr internationales Ansehen als Zivilmacht zu nutzen. Eine Welt ohne Kriege, ein abgerüstetes und soziales Europa, ein Deutschland ohne Armee sind langfristige Ziele sozialistischer Politik.

3. Wirtschaft

Soziale und ökologische Regulation / Unterstützung gewerkschaftlicher Forderungen / Öffentliche Investitionen / Umweltorientierte Technologiepolitik / Steuergerechtigkeit / Agrarwirtschaft

Die herrschende Politik unterwirft Wirtschaft und Gesellschaft immer rücksichtsloser den Marktgesetzen, baut den Sozialstaat ab, beschränkt die Binnennachfrage, führt zu hoher Arbeitslosigkeit und blockiert soziales und ökologisch nachhaltiges Wachstum. Anstelle der solidarischen und gerechten Erneuerung der Sozialsysteme wird der Weg ihrer Privatisierung gewählt.

Die Grundannahmen der herrschenden Wirtschaftspolitik zur Begründung dessen beruhen auf Fehldiagnosen. Es trifft trotz der für viele kleine Unternehmen tatsächlich zu hohen Belastungen nicht zu, dass die Volkswirtschaft der Bundesrepublik insgesamt durch übersteigerte Lohnkosten, zu hohe Unternehmenssteuern und überzogene Sozialleistungen gelähmt wird.

Eine dynamische ökonomische Entwicklung wird in Wahrheit vor allem durch die vorwiegend neoliberal geprägte Geld-, Finanz- und Steuerpolitik, durch die Schwäche des Binnenmarktes, durch Umweltzerstörung und das Ausbleiben eines ökologischen Umbaus, durch spekulative Kapitalanlagen auf internationalen Finanz- und Devisenmärkten und durch Defizite in Bildung und Forschung blockiert.

Um einen Ausweg aus dieser Politik zu finden, müssen die Entscheidungen über die Wirtschaftspolitik unter wirksamer Beteiligung der demokratischen Öffentlichkeit stattfinden. Autonome Bürgerprojekte, Basisinitiativen, Verbraucherverbände, Gewerkschaften, Nichtregierungsorganisationen und soziale Bewegungen sowie alternative Wissenschaftsgremien sind gefordert, Alternativen zu entwickeln und für ihre Durchsetzung zu kämpfen.

Wenn wir dafür unsere Vorschläge unterbreiten, wissen wir wohl, dass die Bedingungen für Alternativen schlecht sind und auf absehbare Zeit schlecht bleiben werden. Vieles deutet auf eine anhaltende Wachstumsschwäche hin. Der enorme Schuldendienst engt den staatlichen

Handlungsspielraum extrem ein – wer auch immer ihn nutzen will. International operierende Konzerne und Großakteure auf den internationalen Finanzmärkten üben Druck auf die nationale Politik aus. Viele Entscheidungen fallen ohnehin auf EU-Ebene und unter dem Einfluss globaler Verdrängungskonkurrenz. Die Linke hat im internationalen Maßstab noch nicht zu erfolgreichen Gegenstrategien gefunden. Die internationale gewerkschaftliche Zusammenarbeit und die Kooperation der Linksparteien halten nicht Schritt mit den Strukturen transnationaler Unternehmen.

Die PDS begreift sich als Teil der Protestbewegungen gegen alle Blockaden progressiven sozialen Wandels. Sie verfolgt mittelfristig ein Konzept dynamischer Wirtschaftsentwicklung, das auf höhere Wertschöpfung ausgerichtet ist, diese beschäftigungspolitischen, sozialen und ökologischen Zielen unterordnet und zu einer gerechten Weltwirtschaftsordnung beiträgt.

Grundelemente eines solchen Wirtschaftskonzepts sind die Schaffung neuer Arbeitsplätze, die Umverteilung staatlicher Einnahmen zu Gunsten abhängig Beschäftigter und sozial Schwacher sowie die Sicherung der Daseinsvorsorge unter Einschluss aller. Wirtschaftliches Wachstum ist aus Sicht einer von der PDS befürworteten alternativen Wirtschaftspolitik notwendig, um beschäftigungspolitische und soziale Probleme zu lösen und Armut zu überwinden. Es ist auf den Ausbau der Infrastruktur für eine selbstbestimmte Lebensweise, auf anspruchsvolle Dienstleistungen und den sozialen und ökologischen Umbau der Gesellschaft auszurichten.

Alternative Wirtschaftspolitik muss eine schwierige Problemlage bewältigen: Wachstum ist für die Überwindung der globalen Armut unverzichtbar. Auch in Deutschland kann Wirtschaftswachstum dazu beitragen, beschäftigungspolitische und soziale Probleme zu lösen sowie die Stabilisierung der öffentlichen Haushalte zu erreichen. Aber die bisherige Entwicklungsweise zerstört die Umwelt und deformiert Lebens- und Konsumweisen. Es muss auf den ökologischen Umbau, auf anspruchsvolle human- und wissensorientierte Dienstleistungen und die Infrastruktur für selbstbestimmte Lebensweisen konzentriert werden.

Um den anhaltend schwachen Binnenmarkt zu kräftigen, misst die PDS der Erhöhung der Massenkaufkraft durch gezielten Abbau der Arbeitslosigkeit erstrangige Bedeutung zu. Sie lehnt jedwede Absenkung von Lohnersatzleistungen bzw. Sozialtransfers als wirtschafts- und gesellschaftsschädigend ab. Sie fordert die Einführung von Mindestlöhnen und unterstützt gewerkschaftliche Auseinandersetzungen für Lohnerhöhungen. Die PDS hält an ihrer Forderung fest: Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit!

Die PDS hält es für dringend geboten, den Trend zur Senkung des Anteils öffentlicher Investitionen am Bruttoinlandsprodukt umzukehren. Ein zukunftsorientiertes Investitionsprogramm für Arbeit, Bildung, Umwelt und Infrastruktur ist in konjunkturschwachen Zeiten geeignet, den Binnenmarkt zu stabilisieren. Die beschäftigungs- und umweltorientierte Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen kann den Binnenmarkt ebenfalls beleben. Dringlich ist, ihre Chancen durch den rigorosen Abbau bürokratischer Hürden zu verbessern. Eine staatlich unterstützte Kreditvergabe für Existenzgründer und kleine Unternehmen ist unabdingbar.

Die Wirtschaft muss mit Hilfe eines sozial-ökologisch bestimmten staatlichen Rahmens und internationaler Abkommen nachhaltig in zukunftsweisende Bahnen gelenkt werden. Die PDS lehnt die Unterordnung unter das vorherrschende Dogma von Privatisierung und Deregulierung ab. Sie fordert, Konzentrations- und Fusionsprozesse in der Wirtschaft streng zu kontrollieren und Monopolmacht spürbar zu beschränken.

Die PDS wird der Technologie- und Innovationspolitik künftig große Aufmerksamkeit schenken. Sie setzt sich ein für die Einführung risikoarmer und umweltschonender Technologien, die zur Erleichterung und Humanisierung der Arbeit, zur Steigerung von ökonomischer Effizienz und Wertschöpfung sowie zur Nutzung regionaler Ressourcen beitragen. Die beschleunigte Weitergabe moderner Technologien an so genannte Entwicklungsländer entsprechend deren eigenen Bedürfnissen entspricht gemeinsamen weltweiten Interessen.

Für den ökologischen Umbau sind verbindliche Zielvorgaben notwendig, aus denen sich technologiepolitische Aufgaben für Staat und Wirtschaft ergeben. Rahmenbedingungen für Forschungs- und Technologieförderung müssen längerfristig gelten. Erneuerungen und Verbesserungen von Verfahren dürfen nicht allein nach betriebswirtschaftlichen Vorstellungen, sondern müssen unter gesamtgesellschaftlichen Aspekten betrieben werden. Die PDS wi-

dersetzt sich der fortschreitenden Kommerzialisierung in der Grundlagenforschung und tritt für eine kritische sozialwissenschaftliche Begleitung des technologischen Innovationsprozesses ein.

Klimaschutz und zu erwartende Energieknappheit erfordern, die solare Energierevolution ins Zentrum einer neuen sozial-ökologisch orientierten Technologiepolitik zu rücken und eine umweltfreundliche Verkehrswende zu erreichen.

Zu Chancen und Risiken der Biotechnologie und Gentechnik sind intensive Auseinandersetzungen notwendig, da Forschung und technologische Entwicklung auf diesen Gebieten sowohl irreparable Gesundheits- und Umweltschäden nach sich ziehen als auch Dienste bei der Behandlung von Krankheiten, bei der Umweltsanierung und für das ökologische Bauen leisten können.

Die grundgesetzlich garantierte Forschungsfreiheit stößt auf gesellschaftliche Grenzen, wenn sie in Widerspruch zu individuellen Grundrechten gerät, insbesondere zu dem von der Unantastbarkeit der Würde jedes einzelnen Menschen. Die PDS lehnt die Patentierung von Genen kompromisslos ab. Diese Praxis droht zu einem katastrophalen Schub der Monopolisierung und Kommerzialisierung zu führen. Der massenhafte Einsatz genmanipulierter Pflanzen auf dem Saatgut- und Agrochemikalienmarkt hat dazu geführt, dass Millionen Bauern vor allem in den Ländern des »Südens« in Abhängigkeit von den Konzernen geraten sind und ihre Lebensgrundlagen zerstört werden. Die PDS fordert den Beitritt der Bundesrepublik zu dem Moratorium anderer westeuropäischer Staaten, das die Freisetzung gentechnisch manipulierter Organismen ausschließt.

Den ländlichen Gebieten und der Agrarwirtschaft kommen wachsende Bedeutung für die soziale und ökologische Erneuerung der Bundesrepublik und der Europäischen Union zu. Die vorhandenen Grundlagen und Ansätze zu ökologischer Erzeugung sollten intensiv ausgebaut, die Wettbewerbsfähigkeit entsprechender Betriebe soll erhalten und verbessert werden.

Die Agrarwirtschaft der Bundesrepublik muss sich nach Auffassung der PDS über die Sicherung gesunder Ernährungsgrundlagen hinaus in Richtung auf die Bereitstellung alternativer Rohstoffe und Energieträger, den Ausbau des integrierten und ökologischen Landbaus, den verstärkten Natur-, Arten- und Tierschutz, den Erhalt von Kulturlandschaften und die weitere Ablösung von Futtermittelimporten entwickeln. Erhalt und Festigung gesunder Betriebsstrukturen unterschiedlicher Eigentumsformen und berufliche Perspektiven für die Landjugend bilden dafür die Voraussetzung.

Als sozialistische Partei unterstützt die PDS Agrargenossenschaften, die die Vielfalt genossenschaftlicher Bewegungen in Europa bereichern. Der Auf- und Ausbau von Erzeugerverbänden und regionalen Erzeugerketten stärkt die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen und fördert den wissenschaftlich-technischen Fortschritt. Bei weiteren Schritten zu ihrer Demokratisierung kann die Vertragslandwirtschaft ein Weg sein, Dominanz der Ernährungsindustrie und Macht der großen Handelsketten zu begrenzen.

Die PDS will keine einseitig auf die Interessen der Industriestaaten ausgerichtete weitere Liberalisierung der Agrarmärkte und keine andauernde Umverteilung der Naturressourcen von »Süd« nach »Nord«. Internationale Regulierung zum Schutz Schwächerer gehört auf die Tagesordnung auch der Europäischen Union. Wenn sie ihr erklärtes Modell einer multifunktionalen Landwirtschaft gegen Angriffe der WTO verteidigt und ihr Fördersystem weg von Exportförderung hin zu regionaler Entwicklung sowie auf ökonomische, ökologische und soziale Nachhaltigkeit ausrichtet, stimmt die PDS dem zu.

Unerlässlich ist nach Meinung der PDS die demokratische Kontrolle der Finanzmärkte. Die Partei leistet zusammen mit anderen gesellschaftlichen Kräften Widerstand gegen eine Politik, die mittels Allgemeiner Abkommen über den globalen Handel mit Dienstleistungen (GATS) und über den Schutz geistigen Eigentums (TRIPS) die öffentliche Daseinsvorsorge untergräbt, auf die Kommerzialisierung und Privatisierung bisher öffentlicher Güter wie Gesundheit und Bildung zielt und modernes Wissen in monopolartiges Eigentum verwandelt.

Die PDS unterstützt Forderungen nach Mitbestimmung in transnationalen Konzernen, nach Beschränkung der Wertpapier- und Devisenspekulationen, europäischen Vereinbarungen über die Eindämmung von Kapitaltransfers in Steueroasen und EU-weit abgestimmten Schritten zur Mindestbesteuerung von Kapitalerträgen und Unternehmensgewinnen. Interna-

tionale Verhandlungen sollen soziale und ökologische Mindeststandards in der Weltwirtschaft durchsetzen – bei Ausgleich dadurch entstehender Nachteile für arme Länder. International vereinbarte Maßnahmen zur Sicherung von Grundrechten der Menschen auf öffentliche Güter wie Bildung, Gesundheit, Nahrung, Wasser, Wissen und biologische Vielfalt müssen verbindlich eingelöst werden. Zu unseren Zielen gehört, dass die so genannten Entwicklungsländer in internationalen Wirtschaftsorganisationen gleichberechtigt mitarbeiten können.

Die PDS stimmt Forderungen nach demokratischer Kontrolle sowie Neudefinition von Aufgaben der Europäischen Zentralbank zu. Neben der Sicherung von Geld- und Währungsstabilität muss die Bank Mitverantwortung für die Wachstums- und Beschäftigungspolitik in den Ländern der Europäischen Union übernehmen.

In der Haushaltspolitik ist die Verringerung von Defiziten ein mittel- und langfristiges Ziel, das bereits gegenwärtig Konsequenzen erfordert. Die Verringerung der Staatsquote ist jedoch kein Ziel der PDS. Sie lehnt deshalb die einseitige, auf die Ausgabenseite konzentrierte rigide Sparpolitik zugunsten der Sozialausgaben und auf Kosten der sozial Schwächeren ab. Die Haushaltsmittel müssen mittels Verbesserung der öffentlichen Einnahmen, erfolgreicher Beschäftigungspolitik, effizienten Ressourceneinsatzes, Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität, Abrüstung, Entbürokratisierung, Abkehr von der Wegwerfgesellschaft und mit überlegtem Einsatz der Fördermittel erwirtschaftet werden.

Wir streben eine radikal vereinfachte und übersichtliche soziale Steuerpolitik an, die die notwendigen Ausgaben des Staates sichern hilft. Wir streiten für Steuergerechtigkeit, die hohe Einkommen und Vermögen stärker belastet, ihrer Abwanderung in Steueroasen und ihrer spekulativen Anlage entgegenwirkt. Wir wollen Steuerentlastung für kleine und mittlere Einkommen, für kleine und mittlere Unternehmen. Uneffektive Subventionen und Steuervergünstigungen müssen abgebaut werden. Steuermisbrauch ist entschieden zu bekämpfen. Die PDS fordert die Wiedererhebung einer neu ausgestalteten Vermögensteuer, eine gerechtere, in den oberen Bereichen angehobene Erbschaftssteuer auf große Privatvermögen, die Einführung einer gewinnabhängigen Körperschaftssteuer, die Aufhebung der Steuerfreiheit aus dem Verkauf von Unternehmensbeteiligungen und die Besteuerung von Devisentransaktionen und Börsengewinnen. Die PDS tritt für die Aufhebung des Ehegattensplittings ein.

4. Umwelt

Gemeinsame Lösung ökologischer und sozialer Probleme / Wandel der Lebensweisen / Umweltentlastende regionale Wirtschaftskreisläufe / Energieeinsparung, Energieeffizienz, erneuerbare Energien / Nachhaltige Verkehrswende

Der ökologische Umbau der gegenwärtigen Produktions- und Lebensweise wird umfassender und komplizierter sein als alle vorhergegangenen Umwälzungen und Reformen in der Geschichte der Menschheit. Wenn Deutschland seinen Beitrag zur Verhinderung einer Klimakatastrophe leisten will, muss bis Mitte dieses Jahrhunderts der Ausstoß von Treibhausgasen um 90 Prozent reduziert werden. Wir drängen darauf, dass der Kohlendioxid-Ausstoß in der Bundesrepublik bis 2010 im Vergleich zu 1990 um 35 Prozent reduziert und die Voraussetzungen für den weiteren schnellen Rückgang geschaffen werden. Der Verbrauch wichtiger nichterneuerbarer Rohstoffe muss im gleichen Zeitraum ebenfalls in dieser Größenordnung verringert werden. In diesem Zusammenhang zu treffende Entscheidungen verlangen keinen längeren Aufschub. Energie- und Rohstoffverbrauch sind mit Hilfe des Steuer- und Abgabensystems sowie durch staatliche Strukturpolitik zu regulieren. Ökologisch verträgliches Handeln muss ab sofort finanziell belohnt, ökologische Schäden verursachendes Handeln belastet werden.

Die PDS setzt sich für eine Politik ein, die die Grenzen traditioneller ökologischer Reparaturpolitik überwindet und auf einen prinzipiellen Umbau der Gesellschaft zielt. 20 Prozent der Weltbevölkerung dürfen nicht länger 80 Prozent aller Ressourcen verbrauchen. Umweltpolitik ist nicht vorstellbar, ohne die Lösung dringender sozialer Fragen voranzutreiben. Entwicklungspolitik ist auch Umweltpolitik. Armut ist umweltzerstörerisch. Ohne soziale Sicherheit wird es keine Bereitschaft zur Veränderung der Lebensweise geben. Die Lösung der sozia-

len Frage ist zur Bedingung der Lösung der ökologischen Frage geworden. Umwelterhaltung ist nur im Frieden möglich.

Es ist nicht nur eine Effizienzrevolution in Produktion und Verbrauch notwendig, sondern auch die Abkehr von der Vorstellung, selbst oberhalb eines bestimmten Wohlstandes den Verbrauch immer weiter steigern zu können. Dies bedarf eines tief greifenden kulturellen Wandels. Obwohl auch in den reichen Ländern für viele Menschen wachsendes Einkommen erforderlich ist, um das Lebensnotwendige erwerben zu können, stellen immer mehr Bürgerinnen und Bürger den Reichtum zwischenmenschlicher Beziehungen, erweiterte Bildungshorizonte, selbstbestimmte Lebensräume, Kultur und Existenzsicherheit höher als wachsenden materiellen Konsum. Umweltverträgliche alternative Lebensweisen sollen deshalb unterstützt werden. Die Kämpfe der Zukunft werden wesentlich Kämpfe um neue Lebensweisen sein.

Die verbliebenen Reste zusammenhängender Naturräume, zum Beispiel die Antarktis, die Weltmeere und die Regenwälder, müssen völkerrechtlich bindend vor weiterer Ausplünderung geschützt werden. Das erfordert, Handlungsräume internationaler Konzerne einzuschränken und die Zahlungen des »Nordens« an den »Süden« zu erhöhen.

Die PDS fordert umweltgerechte internationale Arbeitsteilung. Sinnvoller internationaler Austausch von Waren und Dienstleistungen, weltumspannender Informationsaustausch, Regionalisierung von Stoff- und Energiekreisläufen sowie humane Dienstleistungen vor Ort müssen einander durchdacht ergänzen. Eine Schlüsselrolle im ökologischen Umbau spielt die solare Energiewende. Energieeinsparung, erhöhte Energieeffizienz und die Entwicklung erneuerbarer Energien weisen den Weg aus der Sackgasse atomar-fossiler Energiewirtschaft. Diese Entwicklung soll nach unserer Vorstellung durch eine sozial gerechte, atomare und fossile Energie belastende Primärenergiesteuer gefördert werden. Die Erschließung und Nutzung erneuerbarer Energien bieten günstige Bedingungen für die soziale und ökologische Entwicklung von Kommunen und Regionen, für den Erhalt und die Schaffung zukunftsfähiger Arbeitsplätze. Ein schnellerer Ausstieg aus der Atomenergie als gegenwärtig geplant ist unumgänglich.

In der Verkehrspolitik ist eine ökologische Wende unumgänglich. Verkehrs-, Struktur- und Regionalplanung müssen endlich zusammengeführt werden, damit Wirtschaftsweise und Lebensstil der Menschen sich schrittweise auf kürzere Wege einstellen und vor allem der straßengebundene Güterverkehr deutlich zurückgeht. Dafür ist der Ausbau regionaler Schienennetze im Gegensatz zur derzeitigen Politik dringend notwendig.

Die Erschließung und Nutzung regionaler Wertschöpfungsketten in den neuen Bundesländern ist ein besonderes Anliegen der PDS. Dazu gehören moderne Infra- und Agrarstrukturen, die Entwicklung und Produktion von Umwelttechnologien, insbesondere der Einsatz von Kraft-Wärme-Kopplungen bei der Strom- und Wärmeerzeugung, und von Solar- und Wasserstofftechnik. Regionalisierung ist dazu angetan, die demokratische Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürgern bei den Umgestaltungen in ihren Lebensräumen zu verstärken.

Der Vermeidung von Abfällen geben wir den Vorrang vor der stofflichen und energetischen Verwertung sowie vor der Entsorgung. Die Versorgung der Bevölkerung mit Trinkwasser von hoher Qualität und die ökologische Abwasserentsorgung zu sozial verantwortbaren Tarifen sind ein Schwerpunkt von PDS-Umwelt- und Sozialpolitik.

Nach Meinung der PDS muss der ökologische Land- und Waldbau ausgeweitet werden. Damit entstehen nicht nur neue Erwerbsmöglichkeiten. Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft können auch besser in regionale Wirtschafts- und Stoffkreisläufe eingebunden werden. Bei agrarwirtschaftlichen Nutzungseinschränkungen aus Gründen des Naturschutzes ist es sinnvoll, den betroffenen Landwirten die Landschaftspflege zu übertragen und angemessen zu vergüten. Die PDS unterstützt die Forderung, ein deutschland- und europaweit kohärentes Schutzgebietssystem zur Erhaltung ökologischer und biologischer Vielfalt (Biodiversität) zu schaffen. Wir setzen uns für einen umfassenden und wirksamen Tierschutz ein, dafür, dass der Respekt vor anderen Lebewesen gewahrt wird.

Die PDS fordert für Umweltorganisationen, Verbraucherverbände, Gewerkschaften, Vereine und andere zivilgesellschaftliche Kräfte demokratische Planungs-, Kontroll- und Einspruchsrechte in ökologischen Fragen.

5. Arbeit

Erhalt der Flächentarifverträge / Verkürzung der Wochen- und Lebensarbeitszeit / Soziale Sicherung von Übergängen zwischen Erwerbs- und Nichterwerbsarbeit / Geschlechtergerechtigkeit / Stabilisierung des Binnenmarktes / Öffentliche und öffentlich geförderte Beschäftigung / Vollbeschäftigung neuer Art

Arbeit bleibt wichtigste Bedingung für gesellschaftlichen Reichtum und soziale Integration. Da jedoch Lohnarbeit für 90 Prozent der Erwerbstätigen fremdbestimmte, abhängige Arbeit ist, deren Resultate sich zu beträchtlichen Teilen die Kapitaleigentümer aneignen, sind soziale Herrschafts- und Abhängigkeitsverhältnisse, Interessengegensätze und Konflikte unausweichlich.

Unter dem Druck der offenen und verdeckten Arbeitslosigkeit, die weltweit fast eine Milliarde Menschen und in Deutschland über sieben Millionen Menschen betrifft, wächst der Anteil diskriminierender, mangelhaft abgesicherter oder ungeschützter Arbeitsverhältnisse. Damit verbunden sind gesundheitsschädigender Leistungsstress, Existenzangst, persönliche Abhängigkeitsverhältnisse, geringe Einkommen, ungenügende soziale Absicherung und eingeschränkte berufliche Entwicklungsmöglichkeiten. Ein Leben mit Kindern wird zum beruflichen und zum Armutsrisiko.

Der Profit darf längerfristig nicht das entscheidende Maß für Zuteilung, Organisation und Bewertung der Arbeit bleiben. Es gibt keinen gesellschaftlichen, sondern nur den kapitalistisch bedingten Mangel an nützlicher und anerkannter Arbeit. Die PDS verfolgt deshalb weiterhin das langfristige Ziel, abhängige Arbeit aus einem ökonomischen Zwangsverhältnis in eine Bedingung realer Freiheit zu verwandeln. Werden die vorhandenen beschäftigungspolitischen Neuansätze zusammengeführt, kann es nach Auffassung der PDS existenzsichernde Arbeit für alle geben, die daran teilhaben wollen. Die flexiblere Gestaltung der Arbeitsprozesse muss zu mehr Raum für ein selbstbestimmtes und familienfreundliches Leben führen.

Eine entscheidende Bedingung für die Zurückdrängung der Arbeitslosigkeit ist eine Wirtschaftspolitik, die neue, gesellschaftlich sinnvolle Arbeitsplätze schafft und die der solidarischen Erneuerung der sozialen Sicherungssysteme große Aufmerksamkeit widmet.

Auf dieser Grundlage gewinnt die Verkürzung der Wochen- und Lebensarbeitszeit größte Bedeutung für eine gerechte Verteilung der Arbeit. Flexible tarifliche Vereinbarungen zur generellen Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich und in der fernerer Perspektive deren Ausweitung zur 30-Stunden-Woche sind wesentliche Schritte zur Vollbeschäftigung neuer Art. Arbeitsplätze werden in diesem Zusammenhang aber nur entstehen, wenn ein verändertes Kräfteverhältnis zwischen Gewerkschaften und Unternehmern den Ausgleich von Arbeitszeitverkürzung durch verschärfte Arbeitshetze ausschließt und Einstellungsgarantien vereinbart werden. Eine gesetzliche Begrenzung der maximalen wöchentlichen Regelarbeitszeit auf 40 Stunden sollte kurzfristig helfen, diesen Weg durchzusetzen. Wirtschaftswachstum allein wird Massenarbeitslosigkeit nicht überwinden.

Der freiwillige Wechsel zwischen Erwerbsarbeit, Eigenarbeit, Weiterbildung und gesellschaftlichem Engagement und Phasen selbstbestimmter Kombination dieser unterschiedlichen Tätigkeiten bilden eine weitere Grundlage für die gerechtere Arbeitsverteilung, für berufliches Fortkommen und ein Leben mit Kindern und Pflegebedürftigen. Eine bedarfsorientierte Grundsicherung wird solche Übergänge erleichtern und absichern.

Auch im weltweiten Wettbewerb bleiben Flächentarifverträge, ausgehandelt von aktionsfähigen Gewerkschaften, unverzichtbare Voraussetzung, um Entlohnung und Arbeitsbedingungen zu regeln, den abhängig Beschäftigten ihren Anteil am Volkseinkommen zu sichern und dadurch die Binnennachfrage zu stabilisieren. Die PDS verurteilt es, den bestehenden Reformbedarf zu missbrauchen und den Vorrang flexibler Tarifverträge zu Gunsten abweichender Betriebsvereinbarungen zu beseitigen, die die Belegschaften unter Druck zu setzen, um einseitige Zugeständnisse an die Kapitaleigentümer zu erreichen. Wo es neuer flexibler Regelungen bedarf, müssen sie von den Tarifparteien ausgehandelt und durch ein Verbandsklagerecht der Gewerkschaften abgesichert werden.

Statt eine weitere Deregulierung des Arbeitsrechts zuzulassen, setzt sich die PDS für die zeitgemäße Neuregelung und die Erweiterung der betrieblichen Mitbestimmung ein. Je differenzierter die Produktions- und Arbeitsanforderungen, desto unerlässlicher sind Mitbestimmung von Betriebsräten und Gewerkschaften und ein Arbeitsrecht, das sozial- und familien-

verträgliche Arbeitszeiten garantiert, die gleichberechtigte Integration von Frauen in den Arbeitsprozess erleichtert, Benachteiligungen ausgleicht und den Gesundheitsschutz erweitert. Bezahlte Arbeit muss auch für Menschen da sein, die den üblichen Anforderungen an Erwerbsarbeit nicht entsprechen können.

Die neue Art der Vollbeschäftigung bedarf der Stärkung umweltbewusst genutzter Massenkaukraft auf den Binnenmärkten. Die PDS unterstützt die Gewerkschaften deshalb nicht nur bei der Verteidigung von Flächentarifverträgen, sondern auch in den Auseinandersetzungen um die Einführung von Mindestlöhnen, die Ausschöpfung von Verteilungsspielräumen sowie bei der europäischen Koordinierung der Tarifpolitik.

Ein neuer sozial-ökologischer Entwicklungspfad, verbunden mit einer innovativen Technologiepolitik, wird neue Möglichkeiten der Erwerbsarbeit eröffnen, vor allem durch den ökologischen Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft und den Ausbau qualifizierter human- und wissensorientierter Dienstleistungen.

Die Bereitstellung von staatlichen und kommunalen Dienstleistungen im Gesundheitswesen, in Pflege, Bildung, Erziehung, Betreuung, Assistenz, Sport und Kultur erfordert die Verteidigung dieser sinnvollen öffentlichen Beschäftigung. Sie ist sowohl für den Abbau der Massenarbeitslosigkeit als auch für die Organisation gesellschaftlich nützlicher Arbeit unabdingbar. Die PDS lehnt eine weitere Privatisierung dieser Daseinsvorsorge vehement ab. Öffentlich geförderte Beschäftigungssektoren (ÖBS) zwischen Staat und Privatwirtschaft könnten in besonderem Maße Raum bieten für sinnvolle und selbstbestimmte Arbeit und neue Lebensweisen, für Forschung und Entwicklung, technisch-technologische und soziale Innovationen, für Geschlechtergerechtigkeit, soziale Einbindung und Qualifizierung. Öffentlich geförderte Beschäftigung sollte Genossenschaftsprojekte begünstigen. Sie vermag soziale und ökologische Regionalentwicklung, den Anshub neuer Arbeitsfelder, sinnvolle Brückenschläge in den ersten Arbeitsmarkt und sozial gesicherte Kombinationen von Erwerbsarbeit, Eigenarbeit und Ehrenamt zu fördern.

Die PDS sieht in der Stärkung regionaler Wirtschaftsverflechtung wichtige Möglichkeiten zur Schaffung neuer Arbeitsplätze. Sie wirkt für die Stärkung regionaler wirtschaftlicher Zusammenhänge und kommunaler Investitionskraft.

6. Soziale Sicherheit und Gesundheit

Erneuerung des Sozialstaats und des Rentensystems auf solidarischer Grundlage / Arbeitgeberbeiträge auf Wertschöpfung beziehen / Gegen die Privatisierung von Lebensrisiken und Zweiklassenmedizin / Einführung bedarfsorientierter Grundsicherung

Soziale Sicherheit umfasst das Recht auf existenzsichernde Arbeit, auf den Zugang aller zu Bildung und Ausbildung, auf vorbeugende, heilende und nachsorgende medizinische Betreuung, auf bezahlbares menschenwürdiges Wohnen, auf Mobilität und Sicherung gegenüber Lebensrisiken. Die PDS setzt sich für eine Sozialpolitik ein, die den Bedürfnissen der Menschen nach Verwirklichung ihrer individuellen Lebensentwürfe gerecht wird. Sie verteidigt gerade deshalb den solidarischen Charakter der sozialen Sicherungssysteme mit Nachdruck, verlangt deren Ausbau und ist ein entschiedener Gegner der Privatisierung sozialer Sicherungssysteme. Um deren bedarfsgerechte Qualität und Wirkungskraft zu gewährleisten, fordert sie eine Reform dieser Systeme auf dem Wege der Demokratisierung, der Stärkung der Selbstverwaltung, des Ausbaus ihres vorbeugenden und unterstützenden Charakters sowie der solidarischen Erneuerung ihrer finanziellen Grundlagen.

Zur Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme hält die PDS eine Erhöhung der Beitragsbemessungsgrenzen und die Ausweitung der Versicherungspflicht auf alle für erforderlich, die bisher nicht einbezogen sind. In der Renten- und Arbeitslosenversicherung wollen wir die Ausweitung der Beitragspflicht auf alle Erwerbseinkommen, also Beamte, Freiberufler und Selbstständige einbeziehen. Aus den Arbeitnehmersicherungen sollen Erwerbstätigenversicherungen werden. Damit wird der Grundgedanke der Solidarität aller Erwerbstätigen gegenüber dem Risiko durch Verlust der Erwerbsarbeit oder Alter erneuert.

Für die Kranken- und Pflegeversicherung schlagen wir die Ausweitung der Beitragspflicht auf alle Einkommensarten, also auch auf Einkommen aus Geldvermögen, Grundstücken und Immobilien vor. Aus diesen beiden Versicherungen soll eine Absicherung für alle werden. Krankheit und Pflegebedarf betrifft alle, unabhängig von der Art ihres Einkommens.

Die PDS schlägt vor, den Arbeitgeberbeitrag zu den Sozialversicherungen von der Lohnsumme auf die Bruttowertschöpfung umzustellen, um nicht länger den Abbau von Arbeitsplätzen zu Gunsten von wachsender Kapitalintensität zu belohnen, sondern die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit zur Grundlage zu nehmen.

Angesichts verlängerter Ausbildungszeiten, wechselhafter Verläufe des Arbeitslebens und des demografischen Wandels ist über die weit gehende Anbindung von sozialer Sicherheit an die Erwerbstätigkeit hinaus ein Mehr an gesellschaftlicher Solidarität geboten. Öffentliche Mittel müssen für soziale Sicherheit, für finanzielle Folgen der sich verlängernden Lebenszeit, für die Kosten neuer Möglichkeiten medizinischer Behandlung und die Abwehr entstehender Risiken eingesetzt werden. So genannte versicherungsfremde Leistungen wie Kosten der deutschen Einheit, Mutterschaftsgeld und berufliche Qualifizierung sind nicht durch Beiträge, sondern durch Steuern zu finanzieren.

Den demografischen Wandel begreifen demokratische Sozialistinnen und Sozialisten als grundsätzliche Herausforderung an die Gesellschaft. Die PDS stellt sich den Konsequenzen, die sich daraus für die Arbeitswelt, für Wissenschaft und Forschung, Bildung und Weiterbildung, für Architektur, Städteplanung und Dienstleistung ergeben. Auch unter den Bedingungen des demografischen Wandels sollen die Städte Zentren des urbanen wirtschaftlichen und kulturellen Lebens bleiben. Das verlangt eine den sich ändernden sozialen und wirtschaftlichen Strukturen entsprechende regionale und städtische Erneuerung, die staatlich gefördert werden muss.

Ein zentrales Element für die Weiterentwicklung sozialer Sicherungssysteme ist für die PDS die schrittweise Einführung einer am Bedarf orientierten sozialen Grundsicherung dar. Ihr Ausbau zu einem Bürgerrecht stellte einen Rückhalt für individuelle Freiheit dar. Die bedarfsorientierte soziale Grundsicherung schließt Armut aus und ist dem in Deutschland geschaffenen geistigen, kulturellen und materiellen Reichtum angemessen. Um der Grundsicherung den Weg zu ebnen, unterstützt die PDS die Forderung nach Einführung von Mindestlöhnen. Dringend geboten sind Regelungen, die Armut von Kindern verhindern. Die Grundsicherung im Alter und für Erwerbsunfähige sowie die Regelungen für die Absicherung Erwerbsloser bedürfen kurzfristig des bedarfsorientierten Ausbaus.

Eine angemessene Wohnung und selbstbestimmtes Wohnen gehören zu den wichtigsten Bedingungen sozialer Sicherheit und Menschenwürde. Das Wohnen muss für alle Bürgerinnen und Bürger bezahlbar sein. Dazu gehört ein sozial ausgewogenes Mietrecht, wohnwertbezogene Mieten und ein regelmäßig angepasstes Wohngeld. Das Grundrecht auf Wohnen gehört zumindest als Staatsziel in das Grundgesetz.

Die Förderung des Sports und den Erhalt und Ausbau der sportlichen Infrastruktur betrachten wir als eine wichtige Bedingung für Lebensqualität und Gesundheit.

Die Leistungen des Gesundheitswesens gehören zu den elementaren Voraussetzungen sozialer Gerechtigkeit. Ziel der PDS bleibt eine für alle gleichermaßen zugängliche Gesundheitsversorgung, in der Vorbeugung und Nachsorge größeres Gewicht gewinnen. Der Weg in die Zweiklassenmedizin muss versperrt werden. Die Finanzierung eines modernen Gesundheitswesens wäre entlastet, wenn Gesundheitszentren wie Polikliniken gefördert werden, wenn für eine bessere Kooperation von Privatpraxen, Gemeinschaftseinrichtungen und Krankenhäusern gesorgt wird, eine gerechtere Bewertung medizinischer Leistungen stattfindet und eine Positivliste für Medikamente eingeführt wird. Die Arbeitsbedingungen für das medizinische Personal müssen verbessert werden. Dringlich sind Maßnahmen zur stabilen Qualitätssicherung. Eine wichtige Aufgabe ist es, die Selbstverwaltung vereinheitlichter Krankenkassen voranzubringen. Der Einfluss von Pharmaindustrie und Geräteherstellern auf medizinische Leistungen und Kosten muss eingeschränkt werden.

Mit solidarischer Ausgestaltung statt Privatisierung kann die gesetzliche Rentenversicherung den Herausforderungen des demografischen Wandels gerecht werden und den Folgen der Umbrüche in der Arbeitswelt begegnen. Flexible Anwartschaften und Renten mit Grundbeitrag sind geeignet, die Risiken unsteter Erwerbsverläufe auszugleichen.

Zur Verbesserung der Alterssicherung von Frauen bzw. bei Familienarbeit sind die Anerkennung von Kindererziehungszeiten bzw. die Bewertung von Kindererziehung bei gleichzeitiger Erwerbstätigkeit auszuweiten.

Es ist sinnvoll, Lebensarbeitszeitkonten anstelle starrer Altersgrenzen für den Renteneintritt zu setzen.

Ergänzende Betriebsrentensysteme dienen der Alterssicherung, ihnen sollte deshalb größere Aufmerksamkeit zugewendet werden.

Wir fordern, die immer noch vorhandenen Diskriminierungen im Rentenrecht für Ostdeutsche endgültig zu beseitigen und erworbene Rentenansprüche vollständig anzuerkennen.

7. Bildung, Wissenschaft, Kultur, Medien

Gegen soziale Ungleichheit bei der Teilhabe an Bildung, Kultur und Information / Öffentliche Finanzierung von Bildungssystemen, Nein zu Privatisierungen / Zeitgemäße Hochschulreform / Erhalt staatlicher Kulturförderung

Eine kulturelle Errungenschaft der europäischen Gesellschaften ist ihr System sozial und kulturell ausgleichender Institutionen und die damit verbundene Ethik sozialer Pflichten und der Verantwortung für die Schwachen. Doch die herrschende Politik schwächt den Sozialstaat, anstatt ihn zu erneuern. Dies führt dazu, dass schon gewonnene Gleichheit wieder verloren geht und die innere Stabilität der Gesellschaft dadurch aufs Spiel gesetzt wird. Es kommt zu Einschränkungen für zahlreiche Bürgerinnen und Bürger, sich am kulturellen Leben zu beteiligen, Bildung und Wissen zu erwerben und gezielt am Austausch von Informationen teilzuhaben.

Einer solchen Politik widersetzt sich die PDS: Die kulturellen Ansprüche aller sozialen und ethnischen Gruppen sind nicht nur zu respektieren, sie müssen in verbrieftes Recht auf eigene Kultur und Teilnahme an der kulturellen Kommunikation verwandelt werden. Die Lebenschancen einer und eines jeden hängen heute vom freien Zugang zu Informationen und Wissen ebenso ab wie von der Möglichkeit, sich zu bilden und mit den Künsten wie den Medien umzugehen.

In Deutschland, einem Einwanderungsland, leben Angehörige fast aller Kulturen der Welt. Die PDS tritt für eine Kulturpolitik ein, die Diffamierungen anderer Kulturen strikt unterbindet und die Verständigung zwischen Ethnien und Nationen wirkungsvoll fördert. In der kulturell differenzierten multiethnischen Gesellschaft der Bundesrepublik ist es Aufgabe der Politik, allen Entwicklungschancen zu bieten und den Dialog der Kulturen, Weltoffenheit und Austausch zu ermöglichen. Die PDS erarbeitet eigene Vorschläge für zeitgemäßere Konzepte und Strukturen in den Bereichen Kultur, Bildung, Wissenschaft und Medien. Sie sieht alle gesellschaftlichen Kräfte als Verbündete an, die den kulturellen Reichtum bewahren und mehren wollen.

Bildung

Die PDS setzt sich für einen breiten gesellschaftlichen Diskurs zur Neuorientierung des Bildungswesens ein und fordert ein erfahrungsoffenes Konzept für eine demokratische Bildungsreform mit dem Ziel, gleiche Entwicklungs- und Bildungsmöglichkeiten für alle zu sichern, unabhängig von der sozialen Lage der Einzelnen. Das schließt die individuelle Förderung von Begabungen und Talenten junger Menschen und den Ausgleich von sozialen und kulturellen Benachteiligungen ein. Jeder Form von Diskriminierung aufgrund geschlechtlicher, körperlicher, geistiger, ethnisch-kultureller oder religiöser Verschiedenheit tritt die PDS entschlossen entgegen.

Die Gesellschaft hat die Pflicht, allen Kindern und Jugendlichen eine lebenswerte Zukunft zu gewährleisten. Das erfordert die Überwindung der skandalös um sich greifenden Kinderarmut und der schwer wiegenden Benachteiligungen von Heranwachsenden aus sozialen Gründen. Bildungspolitik und Sozialpolitik müssen eine Einheit bilden.

Das heutige öffentliche Schulsystem ist in einer tiefen Krise. Reduzierte Finanzierung, zu hohe Klassenfrequenzen, überforderte Lehrerinnen und Lehrer und die Hinwendung besser verdienender Schichten zur Privatschule sind Symptome dieser Krise. Vor allem die sozial selektierende, die Lebenschancen der Kinder schon sehr frühzeitig festschreibende Struktur des gegenwärtigen Schulsystems muss rasch überwunden werden.

Die PDS will ein humanistisches Bildungswesen, das jungen Menschen den Wert von Freiheit, Gleichheit und Solidarität vermittelt und sie ermuntert, mit Verantwortung, Gemein-

schaftssinn und Toleranz für Frieden, Gerechtigkeit und Demokratie zu wirken, auch wenn dies Widerstand und zivilen Ungehorsam erfordert.

Humanistische Bildung soll nach den Vorstellungen der PDS souveräne und kritische Persönlichkeiten hervorbringen. Die Bildungsinhalte müssen von den wirklichen Problemen der Gesellschaft wesentlich bestimmt sein. Wichtig ist die Verknüpfung von breiter Allgemeinbildung mit der Förderung spezifischer Begabungen. Weitere Eckpunkte sieht die PDS in der Solidität naturwissenschaftlicher Bildung, in der Vermittlung von Wissen als Zugang zum Verständnis sozialer und ökologischer Probleme, im Erwerb methodischer Fähigkeiten zum selbstständigen Aneignen von neuem Wissen und von Kompetenzen zur Beherrschung moderner Informations- und Kommunikationsmöglichkeiten.

Die PDS tritt für ein integriertes Bildungssystem ein, das vor allem dazu beiträgt, soziale Ungleichheit abzubauen. Es soll gemeinsame Bildung und Erziehung von Mädchen und Jungen, Frauen und Männern, Behinderten und Nichtbehinderten, von Menschen mit unterschiedlichen Lernvoraussetzungen und zugleich individuelle, differenzierte Förderung sowie Nachteilsausgleich ermöglichen. Der Bildung Zugewandeter misst die PDS große Aufmerksamkeit zu. Lebenslanges Lernen erfordert eine stärkere Verknüpfung von vorschulischer Bildung, Schule, Hochschule, beruflicher Bildung und Weiterbildung.

Die PDS tritt für Stärkung und Ausbau des öffentlichen steuerfinanzierten Bildungssystems ein. Sie stellt sich allen Versuchen in den Weg, Bildungskosten zu privatisieren, Bildungseinrichtungen nach Mustern gewerblicher Unternehmen umzubauen und Bildungsprozesse nach betriebswirtschaftlichen Kriterien zu steuern. Dem Staat obliegt es, Rahmenbedingungen zu schaffen sowie zwischen und in den Ländern einheitliche Bildungsanforderungen durchzusetzen, die zu allgemein anerkannten Bildungsabschlüssen führen. Nur so können Vielfalt und Selbstständigkeit von Schulen und anderen Bildungseinrichtungen in öffentlichen, gemeinnützig-freien und privaten Formen auf Dauer erhalten bleiben. Es muss gelten: Den Lehrenden, den Lernenden, den Eltern und den Schulen so viel Kompetenz und Entscheidungsfreiraum wie möglich, dem Staat, den Ländern, den Kommunen und ihren Verwaltungen so viel Entscheidungsrecht wie nötig.

Die PDS setzt sich ein für ein flächendeckendes, bedarfsgerechtes Angebot ganztägiger Bildung und Erziehung von Kindern in Kindereinrichtungen in ganz Deutschland und vom ersten Lebensjahr an. Wir wollen, dass dieses Angebot inhaltlich ausgebaut wird und schrittweise – beginnend mit einem Vorschuljahr – unentgeltlich zur Verfügung steht. Die PDS strebt über die für alle Kinder gemeinsame Grundschule hinaus eine Verlängerung des gemeinsamen Lernens bis zum Eintritt in eine berufliche Ausbildung bzw. in eine auf die Hochschulreife vorbereitende Bildungseinrichtung an. Sie fordert mehr Ganztagschulen auf der Grundlage anspruchsvoller pädagogischer Konzepte. Mehr Durchlässigkeit im gegebenen Schulsystem soll mehr Jugendlichen – vor allem aus sozial benachteiligten Schichten – einen höheren Bildungsabschluss ermöglichen.

Die PDS will, dass die Arbeitsbedingungen der Lehrerinnen und Lehrer, Erzieherinnen und Erzieher deutlich verbessert werden. Für die unmittelbare Arbeit mit den Schülerinnen und Schülern muss mehr Zeit zur Verfügung stehen. Die Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrern aller Stufen erfordert größere Wirklichkeitsnähe, das verlangt vor allem, dass die pädagogische Aufgabenstellung von Anfang an bestimmend ist.

In der Bundesrepublik stehen erhebliche Ausbildungsdefizite einem beträchtlichen Bedarf an qualifiziert Ausgebildeten gegenüber. Um in der Zukunft zu bestehen, muss diese Gesellschaft allen Jugendlichen das Recht auf berufliche Ausbildung sichern und nach Abschluss der Berufsausbildung für bestimmte Zeit einen angemessenen Arbeitsplatz garantieren. Wenn Wirtschaft und Verwaltungen nicht genügend vollwertige Ausbildungsplätze anbieten, haben sich – nach Auffassung der PDS – Unternehmen, die wirtschaftlich dazu in der Lage sind, junge Menschen auszubilden, sich dem jedoch entziehen, an einer bundesweiten, solidarischen Umlagefinanzierung zu beteiligen.

Die Ausbildungsgänge müssen neuen zukunftsfähigen Qualifikationsanforderungen angepasst werden. Das erfordert, die Vielfalt der heute qualitativ sehr unterschiedlichen betrieblichen, überbetrieblichen, schulischen und Ersatz-Ausbildungsgänge zu systematisieren und anspruchsvoll weiter zu entwickeln.

In der Weiterbildung wendet sich die PDS gegen deren Reduzierung auf wirtschaftliche Wertbarkeit und tritt für ein breites, allen zugängliches Angebot allgemeiner, kultureller, politischer und beruflicher Fort- und Weiterbildung ein. Bundesweite Mindeststandards müssen mit föderalen Bildungsstrukturen und kommunalen Möglichkeiten verknüpft werden. Die Finanzierung von Weiterbildung durch die öffentliche Hand, durch einzelne Unternehmen und Beteiligte hat sozial gerecht zu erfolgen. Unabhängig von der jeweiligen persönlichen Zahlungsfähigkeit steht allen das Recht zu, sich während des ganzen Lebens bilden zu können.

Wissenschaft und Innovation

Die Wissenschaften sind im 21. Jahrhundert mehr denn je ein gesellschaftliches Potenzial von überlebens- und zukunftsentscheidender Bedeutung. Wissenschaftliche Forschung und Hochschulbildung entscheiden maßgeblich darüber, welche neuen Möglichkeiten technischer und sozialer Gestaltung sich künftig eröffnen und welche Einsichten verfügbar werden, um neue Bedrohungen von Individuen und Gesellschaft abzuwenden. Eine Beschleunigung der Wissenschaftsentwicklung, fortgesetzter volkswirtschaftlicher Strukturwandel, Umwälzungen der Arbeits- und Lebenswelt und hohe Anforderungen an Medien-, Kommunikations- und Kooperationskompetenzen erfordern in bisher nicht gekanntem Maße die Fähigkeit, sich selbst neues Wissen anzueignen. Sie wird zur notwendigen Voraussetzung für die Teilhabe an Arbeit und bürgerschaftlichem Engagement.

Die langfristig wachsende Bedeutung akademischer Bildung erfordert, die Fähigkeit der Hochschulen zur Aufnahme von mehr Studierenden zu steigern, die Intensität und Kreativität des Studiums zu verbessern und die Lehrangebote unter Berücksichtigung wachsender Anforderungen der Weiterbildung zu erweitern. Eine fortschreitende soziale Auslese durch die Einführung von Studiengebühren in allen ihren Formen lehnt die PDS ab.

Als zentrale wissenschaftspolitische Aufgabe betrachtet es die PDS, darauf hinzuwirken, dass die wissenschaftliche Arbeit zu entscheidenden ungelösten Problemen der Gesellschaft schrittweise verstärkt wird, da gegenwärtig diese Probleme nur unzureichend Gegenstand der Wissenschaftsentwicklung sind. Das verbietet die zunehmende Unterwerfung der Hochschul- und Forschungseinrichtungen unter rein betriebswirtschaftliche Kriterien. Wissenschaftspolitik muss mit dem Spannungsverhältnis zwischen ihrem Beitrag zur Herausbildung von Regionen innovativer und beschäftigungswirksamer Verflechtung von wissenschaftlichen Einrichtungen und Wirtschaftsunternehmen und dem Bewahren der Wissenschaft vor Unterwerfung unter Profitinteressen umgehen.

Die Ausrichtung von Lehre und Forschung auf umfassenden gesellschaftlichen Nutzen erfordert als Minimalvoraussetzung ergebnisoffene Selbstverwaltungsstrukturen und den ständigen Dialog zwischen Wissenschaft und Öffentlichkeit. Dies bedeutet, das Verhältnis von Wissenschaft und Forschung zu Staat und Gesellschaft neu zu bestimmen. Gegenüber dem Staat sollten die Wissenschaftseinrichtungen ein großes Maß an Autonomie erhalten. Das muss innerhalb der Einrichtungen mit einer Demokratisierung durch verbesserte Mitbestimmung verbunden werden. Der Staat hat die ausreichende Finanzierung von Forschung und Lehre zu gewährleisten und rechtliche Rahmenbedingungen zu schaffen. Innerhalb dieser Rechtsnormen muss sich die Wissenschaft frei von Bevormundung bewegen können. Dies schließt das Recht der Gesellschaft auf Transparenz und Aufklärung über Ziele und Folgen von Forschung und neuen Technologien ein.

Forschung stößt in Neuland vor und hat daher zwangsläufig mit Risiken umzugehen. Sie muss dazu beitragen, die Gesellschaft vorausschauend vor Gefahren zu bewahren, und kann doch Risiken nicht ausschließen. Weder eine Politik technikpessimistischer Verbote noch bedingungslose Technologieförderpolitik sind eine Lösung für diesen Konflikt. Moderne Gesellschaften brauchen eine möglichst große Vielfalt technologischer und sozialer Optionen der Entwicklung. Für die Wahl zukunftsfähiger Wege und den Ausschluss von Verletzungen der Würde des Menschen und von Menschenrechten durch die Forschung müssen die Forschungsfördersysteme auf ihre Orientierung an sozialen und nachhaltigen Kriterien überprüft werden.

Zukunftsfähige Wissenschaftseinrichtungen setzen qualifizierte Nachwuchsarbeit voraus. Die bisherigen Personalstrukturreformen haben den notwendigen Strukturwandel in den hierarchischen und männerdominierten Wissenschaftseinrichtungen nicht herbeigeführt. Zu den

wissenschaftspolitischen Forderungen der PDS gehören, selbstständige Forschung und Lehre von wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und Geschlechtergerechtigkeit (Gender Mainstreaming) auch im Wissenschaftsbereich zu gewährleisten.

Wissenschafts- und forschungsrechtliche Fragen werden in zunehmendem Maße europaweit oder global geregelt. Damit dies nicht allein nach ökonomischen Interessen geschieht, müssen Institutionen wie die Unesco gestärkt und den emanzipatorischen Aspekten größere Aufmerksamkeit gewidmet werden (Bologna-Prozess).

Kultur und Kunst

Die Freiheit von Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre zu gewährleisten, ist ein verfassungspolitisches Gebot. Es verpflichtet, die Bundesrepublik als Kulturstaat auszugestalten und das kulturelle Leben im Interesse aller gesellschaftlichen Schichten öffentlich zu fördern. Trägervielfalt ist eine unentbehrliche Voraussetzung für den kulturellen Reichtum der Gesellschaft wie für die Entfaltung konkurrierender kultureller Strömungen und Subkulturen. Kulturpolitik muss ein Netz öffentlicher Einrichtungen, freier Projekte und privater Initiativen mit Angeboten für alle Bürgerinnen und Bürger ermöglichen. Die kulturellen Bereiche, die dem Gemeinwesen und seiner demokratischen Ausprägung dienen, zur Selbstfinanzierung aber nicht in der Lage sind, brauchen langfristige Sicherung und ausreichende öffentliche Förderung. Daneben will die PDS, dass privates gemeinwohlorientiertes Engagement gefördert wird.

Die PDS rechnet mit der Ausweitung der Kulturwirtschaft und erkennt die demokratisierenden Tendenzen der industriellen Massenproduktion kultureller Güter und Dienste. Als Vermittler zwischen kultureller Produktion und Aneignung bedarf der Markt einer Regulation, die die Profitinteressen wie die Konzentrationsprozesse in der Kultur- und Medienwirtschaft im Interesse der Allgemeinheit einschränkt.

Die Förderung von Kultur liegt in gemeinschaftlicher Verantwortung des Bundes, der Länder und der Kommunen. Zur Kooperation von Bund und Ländern im Bereich der Kulturförderung gibt es keine Alternative. Die Verantwortung des Bundes besteht aus Sicht der PDS hierbei vor allem in der Definition ordnungspolitischer Rahmenbedingungen und – zunehmend – auch in der direkten Förderung kultureller Institutionen und Projekte. Andererseits gilt es, den Kulturföderalismus zu bewahren. Er trägt zur kulturellen Vielfalt bei und wirkt nationalistischen Tendenzen entgegen. Die PDS tritt für eine zeitgemäße Fortentwicklung des kooperativen Kulturföderalismus im europäischen Rahmen ein. Auch aus kulturpolitischen Gründen müssen die Kommunen finanziell wieder in die Lage versetzt werden, ihren Aufgaben nachkommen zu können.

Für Erhalt und Ausbau der kulturellen Infrastruktur in Ostdeutschland ist staatliche Kulturförderung von entscheidender Bedeutung. Das weitere Engagement des Bundes ist hier auf absehbare Zeit unerlässlich. Die PDS setzt sich deshalb für dessen Verstetigung ein. Der durch den außergewöhnlichen Mangel an Arbeitsplätzen verursachte Rückgang sozialer Bindungen macht besondere kulturelle Angebote nötig, die dem Gefühl, überflüssig zu sein und ausgegrenzt zu werden, entgegenwirken und den Zusammenhalt der Gesellschaft bewahren helfen. Arbeitsförderprogramme haben den Übergang des kulturellen Lebens ostdeutscher Kommunen in die neuen Bedingungen erleichtert und eine vielfältige Projektlandschaft gemeinnütziger freier Träger entstehen lassen. Deren Förderung muss fortgesetzt werden, bis neue Lösungen für die kontinuierliche Arbeit dieses kulturellen Sektors durchgesetzt sind.

Durch die Künste in der Vielfalt ihrer Richtungen werden die Freiheit der Einzelnen und ihre soziale Gebundenheit in aller Widersprüchlichkeit gedacht und erlebt. Weil Kunst ein wesentliches Moment der großen gesellschaftlichen Debatten ist, will die PDS die eigenen Welten der Künste als autonome Räume, Experimentierfelder und Refugien sichern und schützen. Sie sieht in neuen künstlerischen Tendenzen Impulse für ein erweitertes Welt- und Gesellschaftsverständnis, die nach Kräften zu fördern sind. Wer ein reiches zeitgenössisches Kunstschaffen will, muss sich für die öffentliche Unterstützung der Produktionsbedingungen von Künstlerinnen und Künstlern einsetzen. Sinnvoll und gerechtfertigt ist die Kunstförderung nur, wenn die kulturelle Bildung aller gesellschaftlichen Schichten gleichermaßen unterstützt wird. Sie ist darum ein gleichwertiges kulturpolitisches Ziel.

Die PDS betrachtet es weiterhin als staatliche Aufgabe, die großen Institute der Kunstpflege nicht nur zu erhalten, sondern auch die von ihnen in den Kunstwerken bewahrte soziale Erfahrung allen zugänglich zu machen.

Religionsgemeinschaften

Die PDS setzt sich für die religiös-weltanschauliche Neutralität des Staates und kommunaler Einrichtungen ein. Die PDS achtet die Glaubensüberzeugungen der Menschen als Teil ihrer Würde und tritt für die Freiheit der Religionen und ihrer Ausübung ein. Weil sozialistische Politik in der Vergangenheit in konfrontativem Denken befangen war, hat sie die Notwendigkeit des Dialogs mit den Religionsgemeinschaften, unter anderem auch mit internationalen Bewegungen religiöser Sozialistinnen und Sozialisten, unterschätzt.

Eine Benachteiligung von Menschen aufgrund ihrer religiösen Überzeugungen ist im Zeitalter umfassender interkultureller Kontakte eine ernsthafte Gefahr für ein friedliches und demokratisches Miteinander. Die PDS fordert die politische Gleichbehandlung religiöser und weltanschaulicher Organisationen, sucht den offenen, transparenten und regelmäßigen Dialog mit ihren Vertreterinnen und Vertretern und betont gemeinsame Werte und Ziele, die Menschenwürde, soziale Gerechtigkeit und die Sicherung des Friedens betreffen. Sie spricht sich entschieden gegen die Instrumentalisierung von Religionen für politische Zwecke aus. Die PDS erarbeitet Konzepte, die auf allen Feldern der Politik mit den realen Wertvorstellungen der Menschen unvoreingenommen umgehen.

Medien

Die PDS stellt fest, dass die politische Macht länderübergreifend agierender Medienkonzerne zunimmt und neoliberale Thesen verstärkt publiziert werden. Alternative Sichtweisen finden sich meist nur am Rande wieder. Auf den lokalen Zeitungsmärkten herrscht zumeist ein Monopol.

Da sich zudem die deutschen öffentlich-rechtlichen Medien im Griff der herrschenden Parteien sowie unter dem Druck der Einschaltquoten befinden, ist das Engagement von Journalistinnen und Journalisten, für sachliche Information und kritische Öffentlichkeit zu sorgen, um so Informations- und Meinungsfreiheit als öffentliches Gut zu sichern, hoch zu bewerten und zu stärken.

Im Zeitalter der Digitalisierung, insbesondere des Internets, lösen sich klassische Unterschiede zwischen öffentlichen und kommerziellen, alten und neuen Medien ebenso auf wie die zwischen Privatheit und Öffentlichkeit, zwischen Information und Werbung. Medieninhalte werden zunehmend unter der Kontrolle internationaler Medienkonzerne produziert. Sie werden weltweit gehandelt und zur Schaffung von Käufermärkten für beworbene Produkte inszeniert und verteilt.

Da Vielzahl allein nicht Vielfalt sichert, unterstützt die PDS alle Bemühungen, einen eigenständigen, unabhängigen, selbstorganisierten und staatsfernen Mediensektor, der Wissen und Informationen als öffentliche Güter bereitstellt, aufzubauen. Die PDS verlangt, in allen Medien, die Einfluss auf die demokratische Meinungs- und Willensbildung haben, öffentlich-rechtliche Angebote zu schaffen oder zu erhalten. Sie unterstützt die Stärkung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, die eine grundlegende Reform, insbesondere seiner Arbeitsstrukturen und Aufsichtsgremien, zur Voraussetzung hat. Sie befürwortet eine Medienstiftung, die – finanziert mit Werbeabgaben der kommerziellen Sender und Verlage – neue Anbieter fördert. Die Kartellgesetze sind den neuen Entwicklungen so anzupassen, dass publizistischer Wettbewerb auf dem Medienmarkt und seinen Teilmärkten möglich bleibt.

Vielfalt, Kompetenz, kritische Öffentlichkeit, umfassende Grundversorgung mit authentischen, nachprüfbaren Informationen, allgemeiner, freier Zugang zu Nachrichten und Kultur sind vorrangige Ziele demokratischer Medienpolitik. Die Medien müssen der Gesellschaft die Möglichkeit geben, sich vielstimmig demokratisch zu artikulieren, sie müssen Aufklärung und Bildungsprozesse fördern und dazu beitragen, Bürgerinnen und Bürger zur Kontrolle privater und staatlicher Macht und zur Beteiligung an politischen Entscheidungen zu befähigen. Erst dann sind Medien zu öffentlichen Räumen der Selbstverständigung von Bürgerinnen und Bürgern geworden.

8. Ostdeutschland

Ausbau der neuen Bundesländer zu einer Modellregion für sozial-ökologische Erneuerung / Effektivere Wirtschaftsförderung / Gegen fortdauernde Diskriminierungen der Ostdeutschen bei Löhnen, Gehältern, Renten und Arbeitszeiten / EU-Osterweiterung als Chance

Die Einheit Deutschlands ist unvollendet. Die dramatische Abwanderung vor allem junger qualifizierter Menschen in den Westen zeigt, dass die vorwiegend marktwirtschaftliche oder allein auf westdeutsche Erfahrungen gestützte Regulierung die komplizierten Probleme der wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Entwicklung Ostdeutschlands nicht lösen kann – trotz anhaltender enormer staatlicher Geld-Transfers, die vor allem von den Lohnabhängigen finanziert werden.

Wegen der in Ostdeutschland besonderen Zuspitzung aller in der gesamten Bundesrepublik ungelösten Probleme schlägt die PDS vor: Der Osten Deutschlands muss zur Ausgangsregion sozialer Reformen für sozial-ökologischen und demokratischen Wandel werden. Stärkere staatliche und zivilgesellschaftliche Verantwortung für die politische Gestaltung der ostdeutschen Entwicklung ist überfällig. Dazu gehören aktive Strukturpolitik, bessere Koordination zwischen Wirtschafts-, Arbeits-, Technologie-, Wissenschafts- und Forschungspolitik, langfristige kommunale Programme für Investitionen in die Infrastruktur und eine Stärkung wirtschaftsnaher Forschung. Die Zukunftsfähigkeit der neuen Bundesländer kann nicht als Niedriglohngebiet erreicht werden. Sie muss auf Innovation beruhen, unterstützt durch einen Bundesfonds für soziale, ökologische und kulturelle Gemeinschaftsaufgaben. Die PDS will, dass in einem demokratischen Prozess durch die Mitsprache von Bürgerinnen und Bürgern »Lokale Agenden 21«, Bürgerhaushalte und regionale Leitlinien der Entwicklung entstehen. Auf dieser Grundlage könnten beschäftigungswirksame Länderentwicklungsprogramme in Ostdeutschland erarbeitet werden, die miteinander verknüpft in ein Zukunftsprogramm für den sozial-ökologischen Umbau Ost münden.

Gute Voraussetzungen dafür sind das gewachsene Selbstbewusstsein vieler Menschen in den neuen Bundesländern, ihre im Vergleich zur Mehrheit der westdeutschen Bevölkerung ausgeprägtere kapitalismuskritische Einstellung und das größere Verlangen nach sozialer Gleichheit.

Die im Solidarpakt II nach 2010 vorgesehenen Investitionen im Rahmen des Aufbauprogramms Ost sollten weit gehend auf den Zeitraum bis 2010 vorgezogen werden. Die verfügbaren Mittel müssten durch effektivere Wirtschaftsförderung und zukunftsorientierte Wirtschaftspolitik gebündelt, koordiniert und wirksamer für eine höhere Wertschöpfung eingesetzt werden. Schwerpunkte sollten sein: innovative Veränderungen der Wirtschaftsstruktur; vorrangige Entwicklung regionaler Wirtschaftsverflechtungen; entbürokratisierte Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen, besonders aber von Unternehmensnetzwerken regionaler und überregionaler Ausrichtungen; engere Verflechtungen von Wissenschaftseinrichtungen und Produktionsunternehmen; attraktive Berufsausbildung, die jungen Frauen und Männern interessante Arbeitsperspektiven bietet.

Es muss gefördert werden, dass innovative Güter und Dienstleistungen auch Märkte finden: durch gestärkte Massennachfrage, durch Angleichung von Löhnen, Gehältern, Arbeitszeit und Renten im Osten an die im Westen, besseres Marketing und Unterstützung für die Erschließung von Exportmärkten. Regionale Entwicklungspotenziale sollen so erschlossen werden, dass eine ökonomisch wie ökologisch rationale Arbeitsteilung innerhalb und zwischen ostdeutschen Regionen, in der Bundesrepublik und in Europa entsteht.

Besonders wichtig für Ostdeutschland ist die Verbesserung der kommunalen Investitionsfähigkeit durch bessere Finanzausstattung, weil die große Zahl der kleinen Unternehmen stark auf kommunale Aufträge angewiesen ist.

Wir setzen uns für eine effektive Landwirtschaft in Ostdeutschland ein. Die staatliche Bodenpolitik und eine angemessene Altschuldenregelung müssen zur Existenzsicherheit der ostdeutschen Landwirtschaftsbetriebe beitragen.

Ostdeutschland sollte zielgerichtet zum bedeutenden Verflechtungsraum zwischen den bisherigen und den neuen Ländern der Europäischen Union entwickelt werden. Es besteht jedoch die Gefahr, dass es zur bloßen Transitregion zwischen Westeuropa und den neuen Mitgliedsstaaten verkommt. Kleine und mittelständische Unternehmen benötigen Anpassungshilfen und Unterstützung bei grenzüberschreitender Kooperation. Das Brüsseler Akti-

onsprogramm »Grenzregionen« bleibt hinter den Anforderungen zurück. Nötig für die Grenzregionen sind die substanzielle Aufstockung der EU-Sonderförderung und die deutliche Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur. Die Verknüpfung der verschiedenen europäischen und nationalen Förderprogramme und der Zugang zu ihnen müssen erheblich erleichtert werden. Wesentlich mehr Mittel sind für den Jugendaustausch, zweisprachige Bildung und Ausbildung und zur Pflege grenzüberschreitender Kontakte zwischen sozialen und kulturellen Einrichtungen notwendig. Im Zuge der Osterweiterung der Europäischen Union kann Ostdeutschland Standort für den Natur- und Umweltschutz sowie für die Weiterentwicklung eines sanften Tourismus werden. Mit dem Ausbau von Technologien zur Erzeugung erneuerbarer Energien, mit der Entwicklung neuer Umweltprogramme und mit der Ausgestaltung bedeutender Wissenschaftsstandorte muss der Beweis erbracht werden, dass der Übergang zu alternativen und zukunftsfähigen Produktions- und Lebensweisen möglich ist.

IV. Veränderung mit der PDS – Selbstveränderung der PDS

Die Partei des Demokratischen Sozialismus ging in den politischen Umbrüchen des Herbstes 1989 aus der SED hervor. Auf ihrem außerordentlichen Parteitag im Dezember 1989 brach sie mit dem antidemokratischen Politik- und Parteiverständnis der SED und den stalinistischen Entstellungen der sozialistischen Idee. Seitdem haben wir, die Mitglieder der PDS, einen anhaltenden Wandlungsprozess innerhalb unserer Partei vorangetrieben, der auch durch Erfahrungen der westdeutschen und der anderen europäischen Linken beeinflusst ist. Unser Ziel ist eine konsequent demokratische und emanzipatorische, bundesweit wirksame, moderne sozialistische Partei. Im Osten Deutschlands hat die PDS besondere Verantwortung wahrzunehmen, die aus historischen Gegebenheiten herrührt.

Als demokratische Sozialistinnen und Sozialisten bleiben wir insbesondere jenen Traditionen der deutschen Arbeiterbewegung – der Gewerkschaften, der sozialdemokratischen wie der kommunistischen Parteien – verpflichtet, die in den Kämpfen gegen Nationalismus und Militarismus, gegen Imperialismus und Faschismus entstanden und sich 1945/1946 im gemeinsamen Einsatz für die antifaschistisch-demokratische Neuordnung Deutschlands bewährten. Aus historischer Erfahrung wenden wir uns entschieden gegen jegliche Form von Antisozialdemokratismus und Antikommunismus.

Die Auseinandersetzung mit unserer Geschichte muss uns niemand abnötigen. Sie ist unsere Verantwortung, unser Interesse, ein Teil unseres Beitrages bei der Wiedergewinnung und Erneuerung des demokratischen Sozialismus als einer politisch bedeutenden und einflussreichen Bewegung in unserem Land, in die wir uns einbringen wollen.

Wir beurteilen die Geschichte der DDR nicht allein aus der Perspektive ihres Scheiterns und geben der vorherrschenden Totalkritik nicht nach. Diese Geschichte ist eine Quelle wichtiger Lehren und Erfahrungen, die im Ringen um Sozialismus gewonnen wurden und nicht in Vergessenheit geraten dürfen. Schon gar nicht darf der persönliche Einsatz vieler Menschen für ein anderes Deutschland missachtet werden. Wir wiederholen unsere Überzeugung: Nach 1945 bemühten sich Millionen Menschen in Ost und West, das faschistische Erbe zu überwinden. Sie setzten sich für ein friedliebendes Deutschland und den Aufbau einer besseren Gesellschaftsordnung ein. Dieser Wille bedarf auch für den Osten keiner Entschuldigung. Die antifaschistisch-demokratischen Veränderungen im Osten Deutschlands und das spätere Bestreben, eine sozialistische Gesellschaft zu gestalten, standen in berechtigtem Gegensatz zur Weiterführung des Kapitalismus in Westdeutschland, der durch die in der Menschheitsgeschichte unvergleichbaren Verbrechen des deutschen Faschismus geschwächt und diskreditiert war. Zur Geschichte der DDR gehören bemerkenswerte Ergebnisse und wertvolle Erfahrungen im Kampf um soziale Gerechtigkeit, um die Bestimmung der Ziele der Produktion im Interesse der Bevölkerung, um die Teilhabe breiter Bevölkerungsteile an Bildung und Kultur und um ein solidarisches und friedliches Gemeinwesen auf deutschem Boden.

Die PDS bemüht sich als bundesweite sozialistische Partei auch darum, die widersprüchlichen Erfahrungen linker Bewegungen, Organisationen und Parteien in der alten Bundesrepublik zu verarbeiten und aufzunehmen. Die Kultur und die programmatischen Erkenntnisse breiter und gesellschaftlich wirksamer Bewegungen gegen Aufrüstung und die Einschränkung demokratischer und sozialer Rechte sowie für emanzipatorische und ökologische Le-

bensweisen sind für uns unverzichtbare Anknüpfungspunkte. Die Schwäche der westdeutschen politischen Linken ist für uns Anlass, uns kritisch mit dieser Geschichte und den vielfältigen Ursachen auseinander zu setzen.

Die SED war als herrschende Partei aufgrund der konkreten historischen Bedingungen von Anfang an auf das in der Sowjetunion entstandene Sozialismusmodell und auf Linientreue zur Politik der Sowjetunion fixiert. Sie war weder fähig noch bereit, Sozialismus mit Demokratie und Freiheit zu verknüpfen. Ihren Weg kennzeichneten daher auch schmerzliche Fehler, zivilisatorische Versäumnisse und Verbrechen. Es bleibt für uns eine bittere Erkenntnis, dass nicht wenige Mitglieder der SED Strukturen der Unterdrückung mitgetragen und Verfolgung Andersdenkender zugelassen oder sogar unterstützt haben. Dafür sehen wir uns mit anderen in einer moralischen Verantwortung. Es ist deshalb auch unsere selbstverständliche Pflicht, die im Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland verbürgten Grundrechte zu verteidigen. Es gibt keinen noch so ehrenwerten Zweck, der die Verletzung grundlegender Menschenrechte und universeller demokratischer Grundsätze rechtfertigen könnte.

Wir haben für eine gleichberechtigte Vereinigung der beiden deutschen Staaten gestritten und werden uns auch künftig konsequent dafür einsetzen, dass die Ostdeutschen im gemeinsamen Land gleiche Rechte und eigenständige Entwicklungschancen erhalten und der bedeutende kulturelle Reichtum Ostdeutschlands erhalten bleibt und genutzt wird. Wir haben der Ausgrenzung der PDS und vieler Ostdeutscher in den ersten Jahren nach 1990 widerstanden und unsere Partei in die Gesellschaft hinein geöffnet. Wir waren Partnerinnen und Partner in den sozialen und politischen Kämpfen der Kalikumpel von Bischofferode und anderer ostdeutscher Belegschaften. Wir leisten Widerstand gegen jede Art von Kriegsbeteiligung seitens der Bundesrepublik. Wir treten Rassismus und Rechtsextremismus entschlossen entgegen. Wir engagieren uns in den Bewegungen für plebiszitäre Demokratie und verteidigen die Bodenreform von 1945.

Auch in den kommenden Jahren ist unser Platz bei den sozialen Bewegungen gegen Kapitalisierung der Gesellschaft, Demokratieabbau und Krieg. Wir verteidigen die Erfolge emanzipatorischer Bewegungen und wollen mithelfen, kapitalistische Profitdominanz zu überwinden und deren patriarchale, autoritäre und militaristische Absicherung zu durchbrechen. Als Sozialistinnen und Sozialisten beabsichtigen wir, zu einem anerkannten Teil des gesellschaftlichen Widerstands gegen den Neoliberalismus zu werden und mit eigenen Vorstellungen und Projekten bei der Kräftigung von starken gesellschaftlichen Reformkräften mitzuwirken. Wir streben politische Bündnisse an, die diesen Zielen gerecht werden.

Unser wichtigstes politisches Ziel ist es, unseren Beitrag zur Formierung eines breiten sozialen und politischen Bündnisses für den grundlegenden Richtungswechsel der Politik in Deutschland und Europa zu leisten. Die soziale Basis eines solchen Bündnisses sehen wir in der Verbindung der Interessen der Menschen, die durch die herrschende Politik in soziale Unsicherheit und Verarmung gedrängt werden, mit denen, die sozial besser gestellt sind, sich aber mit massenhafter sozialer Ausgrenzung in der Gesellschaft nicht abfinden wollen, überhaupt mit all jenen, die sich für eine gerechtere Gesellschaft als Bedingung eines selbstbestimmten Lebens einsetzen. Um einen solchen Politikwechsel möglich zu machen, wollen wir mit unseren Aktivitäten auf eine Veränderung der Kräfteverhältnisse in der Gesellschaft hinwirken.

Die PDS will Teil einer breiten Allianz sein, die sich gegen eine Politik richtet, deren Ziel es ist, Übereinstimmung mit den ökonomisch Mächtigen auf Kosten der sozial Schwachen zu erzielen. Wir setzen uns dafür ein, die geistige und politische Hegemonie der neoliberalen Ideologie und Politik in Deutschland und in der Europäischen Union zu überwinden. Wir wollen sozialistische Politik dauerhaft als ein eigenständiges selbstbewusstes politisches Projekt etablieren, damit zukunftsorientierte demokratische, soziale und ökologische Alternativen durchgesetzt werden können.

Wir sind als sozialistische Partei bereit, langfristig an einem Mitte-Links-Bündnis mitzuwirken, das auf solche Veränderungen gerichtet ist.

Als politische Partei ringt die PDS um parlamentarische Stärke. Wir streiten darum, wie wir unser Profil als sozialistische Partei entwickeln, Ansätze für soziale und demokratische Alternativen durchsetzen und in parlamentarischer Opposition ebenso wie bei Regierungsbeteiligungen politische Verantwortung übernehmen können. Wir wollen eine demokratische

Politik von Bürgerinnen und Bürgern und für sie mitgestalten und beweisen, dass reale Veränderungen hin zu mehr Demokratie und Gerechtigkeit möglich sind.

Durch ihre Politik trägt die PDS Mitverantwortung für die Entwicklung der Bundesrepublik, für deren Rolle in der Europäischen Union und in der Welt.

Seit 1990 haben wir dafür gewirkt, dass der Sozialstaat in der Bundesrepublik ausgebaut und nicht weiter zerstört wird. Wir haben gegen militärische Interventionen unter Beteiligung der Bundeswehr gekämpft. Wir haben uns gegen eine Aushöhlung der Asylpolitik gewandt. Wir sind der politischen Verfolgung, Ausgrenzung und Benachteiligung Ostdeutscher auf allen Ebenen entgegengetreten. Wir haben uns die wirtschaftlichen, sozialen, demokratischen, freiheitlichen und zivilen Fortschritte in unserem Land zu Eigen gemacht, gehören zu deren entschiedensten Verteidigern und wollen sie ausbauen und erneuern.

Verlässlichkeit gegenüber unseren Wählerinnen und Wählern ist uns Verpflichtung. Mit wirksamer parlamentarischer Oppositionspolitik auf Landes-, Bundes- und europäischer Ebene, mit der Tolerierung einer sozialdemokratischen Minderheitsregierung und mit der Bildung der SPD-PDS-Regierungen in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin hat unsere Partei unter schwierigen Bedingungen Politikfähigkeit bewiesen.

Das Handeln im Spannungsfeld von eigenen sozialistischen Vorstellungen, Erwartungen von Bürgerinnen und Bürgern und erreichbaren Kompromissen ist ein ständiger Lernprozess. Spannungen ergeben sich auch daraus, dass bei extremen Haushaltsdefiziten ständig eine Abwägung zwischen unterschiedlichen Interessen verschiedener sozialer Gruppen und Organisationen verantwortet werden muss. Das verlangt der PDS ein Höchstmaß an Transparenz der zu entscheidenden Probleme und der Beteiligung von Betroffenen an den Entscheidungen ab. Der notwendige Kampf um eine gerechte Steuerpolitik zur Stärkung der Haushaltseinnahmen ändert daran nichts.

Wir Mitglieder der PDS wollen intensiver als bisher in demokratischen, sozialen und politischen Bewegungen mitwirken: in Kommunen, in Gewerkschaften und Betrieben, in Arbeitslosen- und Umweltinitiativen, in der Frauenbewegung, in der Friedensbewegung, in antifaschistischen, antirassistischen und antimilitaristischen Organisationen und Initiativen, in Jugend- und Studierendengruppen, in schwulen und lesbischen, transgenden und queeren Bewegungen, in Dritte-Welt-Gruppen, in Behindertenvereinen, in Mieter- und Verbraucherverbänden, in sozialen, kulturellen und sportbezogenen Interessengruppen. Wir achten und unterstützen das ethische Engagement von Bürgerinnen und Bürgern, die in Kirchen, Religionsgemeinschaften und kirchlichen Sozialeinrichtungen tätig sind. Wir sehen in einer Vielzahl internationaler und weltweit wirkender sozialer, insbesondere auch globalisierungskritischer Bewegungen entscheidende Gegenkräfte zur entfesselten kapitalistischen Modernisierung. Die PDS will ihren Beitrag dazu leisten, dass in Europa eine gemeinsame Linkspartei entsteht.

In der PDS wirken unterschiedliche, linke demokratische Kräfte zusammen. In ihr haben sowohl Menschen einen Platz, die der kapitalistischen Gesellschaft Widerstand entgegensetzen und die die gegebenen Verhältnisse fundamental ablehnen, als auch jene, die ihren Widerstand damit verbinden, die gegebenen Verhältnisse positiv zu verändern und schrittweise zu überwinden. Unser Eintreten für einen demokratischen Sozialismus ist an keine bestimmte Weltanschauung, Ideologie oder Religion gebunden. Die PDS ist eine pluralistische Partei demokratischer Sozialistinnen und Sozialisten. Sie entscheidet über ihren Weg, ihre Ziele und ihr politisches Profil mit demokratischen Mehrheiten. Sie räumt Minderheiten das Recht und die Möglichkeiten ein, ihre Überzeugungen und Ziele im Rahmen der Grundsätze und demokratisch-sozialistischen Orientierungen des Statuts und dieses Programms zu vertreten. Sie vereinigt in ihren Reihen Frauen und Männer unabhängig von deren Nationalität. Die PDS will Mitglieder, Sympathisantinnen und Sympathisanten aus allen gesellschaftlichen Schichten gewinnen, die den Willen haben, im Sinne dieses Programms zu wirken.

Die Achtung anderer demokratischer politischer Orientierungen ist Ausdruck der politischen Kultur, um die wir uns mühen. Wir erwarten auch von anderen einen dementsprechenden Umgang mit unserer Partei. Kritik, Auseinandersetzung, Toleranz und Fairness prägen unser Verhältnis zu Politikerinnen und Politikern anderer Parteien. Die Verteidigung und der weitere Ausbau parlamentarischer Demokratie und demokratischer Gewaltenteilung verbinden wir mit der Überzeugung, dass grundlegende gesellschaftliche Wandlungen nicht ohne soziale

und politische Kämpfe und nicht ohne die Überwindung der kulturellen Hegemonie des Neoliberalismus, der gegenwärtigen Kräfteverhältnisse und die Zurückdrängung der Kapitaldominanz über die Gesellschaft möglich sind, wozu außerparlamentarische Bewegungen mit ausschlaggebend beitragen.

Wir sind uns bewusst, dass wir die von uns selbst formulierten Ansprüche an unser politisches Wirken bisher nicht durchgängig eingelöst und nicht genug dazu beigetragen haben, gesellschaftliche Blockaden in der Bundesrepublik aufzulösen. Wir werden das ändern. Besonders durch ihr Auftreten in den Kommunen, in außerparlamentarischen Bewegungen und Organisationen konnte und kann die PDS Vertrauen und Anerkennung bei den Bürgerinnen und Bürgern gewinnen. Wir wollen uns leidenschaftlich für die Interessen der sozial benachteiligten und ausgegrenzten Menschen in dieser Gesellschaft einsetzen. Mit der sich verschärfenden sozialen Spaltung finden wir uns nicht ab.

Mit Recht legen Bürgerinnen und Bürger an die Politik von Sozialistinnen und Sozialisten strenge ethische Maßstäbe an. Es sind auch unsere Maßstäbe. Politik und Moral sind in unserem Verständnis nicht zu trennen. Das politische Wort und die politische Tat müssen eine Einheit bilden. Die gewählten Mittel der Politik dürfen nicht in Gegensatz zu den erklärten Zielen unserer Partei geraten. Der redliche Umgang mit Tatsachen und die Bereitschaft, aus ihnen die richtigen Schlussfolgerungen zu ziehen, bilden die Grundlage von Glaubwürdigkeit. Den Traditionen der Aufklärung, dem Erbe von Karl Marx und Friedrich Engels, den vielfältigen Strömungen der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung, den unterschiedlichsten revolutionären und demokratischen Bewegungen kritisch verbunden und dem Antifaschismus verpflichtet, wollen wir, dass unsere Partei des Demokratischen Sozialismus zu einer politikfähigen sozialistischen Alternative wird.

Wir leisten Widerstand, wo sozialer und politischer Rückschritt, Militarismus, rassistische Menschenverachtung und Menschenrechtsverletzungen nach ihm verlangen. Wir sind zur gesellschaftlichen Zusammenarbeit bereit, wo Fortschritt zu mehr Gerechtigkeit führt. Wir kämpfen für die Überwindung des Kapitalismus, weil wir in einer Gesellschaft von Freiheit, Gleichheit und Solidarität leben wollen.